

POLICY BRIEF

VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

JULIA MANSKE

RESEARCHER, STIFTUNG NEUE VERANTWORTUNG

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

EXECUTIVE SUMMARY

Weltweit verändert der digitale Wandel die Bereiche Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, Regierungsführung und wirtschaftliche Entwicklung – und damit die Kernbereiche der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Allerdings schenkte die deutsche EZ dieser Transformation bislang kaum Beachtung. Damit droht sie den Anschluss an andere Geberländer zu verlieren und den Anforderungen der Partnerländer nicht mehr gerecht zu werden. Denn letztere bauen Ministerien für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) auf, legen Budgets für großflächige E-Government-Vorhaben fest und erarbeiten Digital- oder IKT-Strategien. Gleichzeitig gestalten zahlreiche neue Akteure, etwa große amerikanische Stiftungen und IT-Unternehmen, bereits heute die entwicklungspolitische Agenda mit.

Wenn die deutsche EZ nicht an Einfluss verlieren möchte, muss sie sich jetzt mit den Chancen und Risiken dieser Entwicklungen auseinandersetzen. Dies gilt sowohl in Bezug auf die eigene Organisationsstruktur als auch für die Arbeit in und mit den Partnerländern. Ihr Ziel muss es sein, ein eigenes entwicklungspolitisches Profil für das digitale Zeitalter zu entwickeln. Dabei ist es wichtig, die aktuellen Strategien und Maßnahmen anderer Geberländer zu berücksichtigen.

Das vorliegende Papier „Von anderen Ländern lernen: Impulse für die deutsche Entwicklungspolitik im Umgang mit dem digitalen Wandel“ analysiert die Aktivitäten internationaler Vorreiter wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Schweden, die Niederlande, Kanada und Südkorea. Im Zentrum steht die Frage, was die deutsche Entwicklungspolitik für die eigene Strategieentwicklung von anderen Staaten lernen kann.

DIE KERNERGEBNISSE IM ÜBERBLICK**(1) Klares Engagement der Führungsetage, klare Governance-Strukturen, finanzielle und personelle Ressourcen sowie ein Zeitplan sind essentiell für eine erfolgreiche Strategie.**

Der digitale Wandel bedeutet einen Paradigmenwechsel, der weit über den Aufbau eines neuen Programmes oder Projektes hinausgeht. Um ihn erfolgreich zu bewältigen, braucht es innerhalb der EZ-Organisation entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen, strukturelle Unterstützung und deutliches Engagement auf der Führungsebene. Erfolgreiche Strategien müssen für alle Mitarbeiter in der Organisation sichtbar sein (Zentrale und Außenstruktur, Mitarbeiter und Führungsebene). In anderen Ländern war die Unterstützung auf nationaler Ebene ein entscheidender Erfolgsfaktor. Solange die deutsche Regierungsspitze keine ressortübergreifende Digitalstrategie vorantreibt, bleiben die Möglichkeiten der EZ begrenzt. Deswegen muss sie diese Unterstützung auf Bundesebene einfordern.

(2) Der digitale Wandel beginnt innerhalb der eigenen Institution. Dies erfordert, dass interne Prozesse zunehmend digital ablaufen, Daten frei verfügbar und digitale Technologien verantwortungsvoll in Partnerprojekte integriert werden.**Julia Manske**

(jmanske@stiftung-nv.de)

Die Autorin dankt ihren Interviewpartnern für die intensiven Gespräche. Überdies gilt ganz besonderer Dank Lea Gimpel für die umfangreiche Unterstützung sowie Dr. Stefan Heumann, Sebastian Rieger, Geraldine de Bastion, Matthias Fröhlich-Rehfeld und allen Beteiligten des Projektes „Europas Beitrag zu einem freien und offenen Internet“ für die kritischen Anmerkungen und den wertvollen Gedankenaustausch.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

Um als glaubhafter Ansprechpartner den Dialog mit den Partnerländern fortzusetzen, muss die deutsche EZ in der eigenen Organisation digitale Fortschrittlichkeit beweisen. Generell heißt dies, interne Prozesse (Digital by Default) und Prozesse mit Schnittstellen nach außen zu digitalisieren. Damit einher geht ein neues Selbstverständnis hin zu mehr Offenheit, Transparenz und besserer Erreichbarkeit für die Stakeholder. Für jedes neue Projekt in der Außenstruktur sollte geprüft werden, ob durch die Integration von digitalen Technologien das Projektziel besser erreicht werden kann (zum Beispiel durch Digital-by-Default-Standards oder Digital Finance by Default). Existierende Leitlinien wie die UNICEF Innovation Principles oder die Principles for Digital Development bieten Richtlinien für dessen Ausgestaltung.

(3) Eine zentrale Anlaufstelle mit fachlicher und technischer Expertise ist ebenso relevant wie die Investition in grundlegende Digital-Kompetenzen.

Eine zentrale Anlaufstelle beziehungsweise klar identifizierbare Ansprechpartner, die für die institutionelle Umsetzung verantwortlich sind und technische sowie inhaltliche Kompetenzen abdecken, sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Ein dezentraler Ansatz, nach dem neben Experten in der Zentrale auch Fachberater in einzelnen Partnerregionen zur Verfügung stehen, scheint besonders geeignet, um auch in der Außenstruktur die Implementierung voranzubringen und Erfahrungen aus der Außenstruktur in die Zentrale zurückfließen zu lassen. Gleichzeitig muss innerhalb der Mitarbeiterschaft ein grundlegendes Verständnis der Digitalisierung (also ihrer Vorteile und Risiken) über Bereichsgrenzen hinaus sichergestellt werden.

(4) Neue Themen besetzen: Digitale Menschenrechte mit Schwerpunkt auf Datensicherheit

Es gilt, Replikationen zu vermeiden. Stattdessen sollte die deutsche EZ Themen identifizieren, in denen sie den größtmöglichen Beitrag leisten kann. Das Themenfeld Datenschutz und Datensicherheit etwa ist weitestgehend unbesetzt und kann von der deutschen EZ glaubwürdig bearbeitet werden. Dazu muss sie zunächst entsprechende Positionen zu den Kernthemen erarbeiten.ⁱ Dies erfordert auch eine enge Zusammenarbeit mit anderen involvierten Ministerien (insbesondere dem Außenministeriumⁱⁱ, aber auch dem BMWI, beispielsweise zu Exportkontrolle von Überwachungstechnologie) sowie Partnerschaften mit NGOs und Forschungsreinrichtungen, die bereits Expertise in diesem Themenkomplex aufgebaut haben. Darüber hinaus kann sich die deutsche EZ in den Themenfeldern, in denen andere Länder bereits aktiv sind, zum Beispiel Innovationsförderung, Unternehmertum, Infrastrukturförderung, den bestehenden Allianzen anschließen.

ⁱ Das Projekt „Europas Beitrag zu einem freien und offenen Internet“ der stiftung neue verantwortung möchte diesen Prozess durch konkrete Handlungsempfehlungen unterstützen.

ⁱⁱ Siehe auch die Ergebnisse des aktuellen Strategieprozesses des Auswärtigen Amtes „Review 2014 Außenpolitik weiter denken“; http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/699336/publicationFile/202924/Review_Abschlussbericht.pdf

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	4
2. Der Digitale Wandel verändert Entwicklungszusammenarbeit	6
3. Entwicklungspolitik im digitalen Zeitalter: Was kann Deutschland von anderen Staaten lernen?	8
4. Fallstudien	9
4.1. Vereinigte Staaten von Amerika	9
4.2. Großbritannien	12
4.3. Schweden	16
4.4. Niederlande	20
4.5. Kanada	23
4.6. Südkorea	26
4.7. Auf einen Blick: die Geberländer im Umgang mit dem digitalen Wandel	29
5. Fazit: Was Deutschland lernen kann	31
6. Ausblick	36

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

1. EINLEITUNG

Während die deutsche Bundesregierung sich weiterhin zögerlich mit der Digitalisierung auseinandersetzt und von Medien polemisch gar als „digitales Entwicklungsland“¹ bezeichnet wird, zeigen sich viele sogenannte Entwicklungsländer gegenüber digitalen Technologien wesentlich aufgeschlossener. Immer mehr Regierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika bauen Ministerien für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) auf, kommunizieren mit ihren Bürgern über soziale Medien, legen Budgets für großflächige E-Government-Vorhaben fest und erarbeiten Digital- oder IKT-Strategien. Sie erkennen die Chancen, die dieser Wandel mit sich bringt, und bitten ihre Partner um Unterstützung bei dessen Ausgestaltung. Doch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) verhält sich bislang ähnlich zurückhaltend wie der Rest der Bundesregierung.

Zwar war Deutschland eines der ersten Geberländer, das bereits in den neunziger Jahren den Aufbau digitaler Wirtschaftssektoren in zahlreichen Partnerländern förderte und dafür international Anerkennung erntete. Doch zwei Jahrzehnte später zeichnet sich ab, dass die Verbreitung digitaler Technologien einen grundlegenden Paradigmenwechsel mit sich bringt, der weit über die Digitalisierung einzelner Prozesse oder die Entstehung eines neuen Wirtschaftssegmentes hinausgeht. Dieser Wandel verändert die Entwicklungspolitik, die sich nicht nur innerhalb der eigenen Institutionen, sondern auch in der Zusammenarbeit mit den Partnern mit diesem Wandel und neuen komplexen Fragestellungen auseinandersetzen muss. Andere Geberländer investierten im Zuge dieser Transformation in umfangreiche Strategien und Programme, in der deutschen EZ blieb es bisher bei einzelnen Projekten.

Doch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dessen Durchführungsorganisation Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) verstehen es als ihr Mandat, die mehr als 60 Partnerregierungen beim Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft und guten Regierungsführung zu beraten, um Armut langfristig zu reduzieren. Dabei müssen sie auch die Bedürfnisse der Partnerländer berücksichtigen und auf aktuelle Trends und gesellschaftliche Veränderungen reagieren. Die Auseinandersetzung mit dem digitalen Wandel ist insofern unausweichlich. Die deutsche EZ steht daher aktuell vor der Aufgabe, ihre entwicklungspolitische Agenda an die Chancen und Herausforderungen des digitalen Wandels anzupassen. Dieses Papier analysiert die Ansätze anderer Geberländer mit dem Ziel, Akteuren der deutschen EZ, vornehmlich dem BMZ und der GIZ, Impulse für einen strategischen Umgang mit den Auswirkungen des digitalen Wandels zu geben.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

2. DER DIGITALE WANDEL VERÄNDERT ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Bereichsübergreifend haben digitale Technologien das Leben von Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern verändert. Insbesondere die Verbreitung von Mobilfunk ermöglichte vielen Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika erstmals Zugang zu wesentlicher Infrastruktur. Dank des mobilen Zahlensystems M-Pesa etwa, entwickelt in Zusammenarbeit der britischen EZ und Vodafone, erhielten Millionen Kenianer erstmals Zugang zu klassischen Bankdienstleistungen. So wird ihr Gehalt zum ersten Mal auf ein Konto eingezahlt, unabhängig davon, wo sich ihr Arbeitgeber befindet. Ferner können sie Geld an Verwandte auf dem Land senden, ohne dafür lange Fußmärsche auf sich nehmen zu müssen. Oder sie können über ihr Handy in eine Mikro-Versicherung einzahlen. Die Entwicklungspotenziale, die sich aus dieser einzelnen Lösung ergeben, scheinen grenzenlos.²

Gerade dort, wo andere Formen von Infrastruktur fehlen, bieten digitale Technologien neue, einmalige Zugänge, um Menschen zu erreichen und EZ-Projekte zu verbessern. Für Durchführungsorganisationen wie die GIZ sind derlei Anwendungen vor allem deshalb interessant, weil sie kostengünstiger als herkömmliche Verfahren sind und sich Projekte leichter skalieren lassen, insbesondere dann, wenn sie als Open-Source-Lösungen konzipiert sind.

Doch der digitale Wandel impliziert mehr als den Einsatz neuer Instrumente. Er begünstigt Transparenz, Partizipation und die Demokratisierung von Innovationen und Zugängen und stärkt so den Einfluss der Zivilgesellschaft: In zahlreichen Städten – von Accra bis Manila – vereinen sich junge Programmierer und Unternehmer, die mit digitalen Lösungen lokale Probleme beheben.³ Aktivisten ziehen ihre Regierungen über soziale Medien zur Rechenschaft. Länder wie Mexiko oder Kambodscha schließen sich Open-Government-Initiativen an und legen ihre Regierungsdaten offen. Und auch von EZ-Organisationen werden mit Gründung der International Aid Transparency Initiative (IATI)ⁱⁱⁱ transparente und offene Strukturen gefordert.

Gleichzeitig bieten digitale Technologien nicht nur neue Chancen. Sie bergen auch Risiken wie steigende „digitale Ungleichheiten“⁴ oder unabsehbare Abhängigkeiten, etwa wenn multinationale Unternehmen wie Facebook zukünftig im Alleingang den Aufbau von Infrastruktur in den ärmsten Ländern dieser Welt übernehmen. Nicht zuletzt rückten durch die NSA-Affäre cyberpolitische Inhalte wie digitale Menschenrechte⁵, Cyberschutz und netzpolitische Fragen auf die Agenda. Die Verhaftung des saudi-arabischen Bloggers Raif Badawi ist eines von zahlreichen Beispielen, das dies verdeutlicht. Andere Fälle illustrieren den schmalen Grat zwischen Chancen und Risiken: Wenn etwa die Türkei syrischen Flüchtlingen über biometrische IDs eine formelle Identität gibt, erleichtert das die Arbeit humanitärer

ⁱⁱⁱ Initiativen, die mit einem Pfeil versehen sind, werden im Glossar ab Seite 42 ausführlicher dargestellt.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

Helfer. Wenn diese Daten jedoch gleichzeitig ausgewertet werden, um potenzielle Terroristen zu entlarven, ist dies ethisch und mit Blick auf den Datenschutz durchaus bedenklich.⁶

Diese neuen Fragen stellen EZ-Akteure – mit Blick auf Kohärenz mit anderen Politikfeldern (beispielsweise der klassischen Außenpolitik) und Technikfolgenabschätzung – vor neue Herausforderungen.

Digitalisierung ist insofern kein entwicklungspolitischer Selbstzweck. Sie kann einen positiven Einfluss auf Entwicklungen in den Partnerländern haben und Entwicklung fördern. Sie kann Entwicklung aber auch behindern oder gar negative Folgen für die Menschen in den Partnerländern haben. Genau deswegen ist die Auseinandersetzung mit dem digitalen Wandel und dessen Steuerung eine entwicklungspolitische Aufgabe. Denn dieser wird die Kernbereiche der deutschen EZ – Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, gute Regierungsführung und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – verändern und den Weg zur Erreichung entwicklungspolitischer Ziele immer stärker beeinflussen. Es liegt daher auch in der Verantwortung der deutschen EZ, sich für eine positive Ausgestaltung dieses Wandels einzusetzen.

Zudem drängt die Zeit. Denn der digitale Wandel vollzieht sich mit hoher Geschwindigkeit und zahlreiche neue Akteure, etwa große amerikanische Stiftungen und IT-Unternehmen, gestalten bereits heute die entwicklungspolitische Agenda mit. Die deutsche EZ wird an Einfluss einbüßen, wenn sie sich nicht jetzt mit den Chancen und Risiken dieser Entwicklungen auseinandersetzt, um Partnerregierungen mit klaren Positionen und Empfehlungen bedienen zu können. Vor allem aber verpasst sie eine wesentliche Chance; denn Deutschland hat sich immer wieder als glaubhafter Akteur im Themenfeld Datenschutz und Datensicherheit präsentiert. Eine Expertise, die sich durchaus international exportieren ließe.

Der Beitrag des BMZ zur Digitalen Agenda 2014–2017 der Bundesregierung⁷, der Aufbau des Programms beziehungsweise Sektorvorhabens „Digitale Welt“ sowie die ersten Bemühungen durch BMZ und GIZ, eine Digitalstrategie zu entwickeln, sind wichtige erste Schritte, an die es nun anzuknüpfen gilt. Der Blick auf die entwicklungspolitischen Strategien anderer Staaten soll dabei helfen und Anknüpfungspunkte an bereits existierende Initiativen aufzeigen.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

3. ENTWICKLUNGSPOLITIK IM DIGITALEN ZEITALTER: WAS KANN DEUTSCHLAND VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN?

Um dem gegenwärtigen Strategiedefizit zu begegnen, bietet die Betrachtung anderer Geberländer aufschlussreiche Denkanstöße. Denn einige von ihnen integrieren die Digitalisierung bereits progressiv in ihre entwicklungspolitischen Institutionen.

Der digitale Wandel schlägt sich nach bisherigen Erfahrungen anderer Geberländer, grob gesprochen, in drei Dimensionen auf entwicklungspolitische Institutionen nieder: (1) Der Wandel erhöht den institutionellen Handlungsdruck und erfordert eine strukturelle Verankerung des Themas innerhalb der Organisation und die Übersetzung in konkrete Strategien. (2) Ferner werden digitale Technologien zur Effizienzsteigerung in interne Prozesse und Praktiken (zum Beispiel E-Government und Open Data) sowie in konkrete Projekte und Ansätze mit den Partnerländern (zum Beispiel der Einsatz mobiler statt analoger Zahlensysteme) integriert. (3) Und letztlich transformiert der digitale Wandel das Umfeld, in dem EZ stattfindet, und erfordert die Auseinandersetzung mit neuen Themen (zum Beispiel Big Data oder Datenschutz), den Aufbau neuer Partnerschaften (zum Beispiel mit der Privatwirtschaft) und verändert die Zusammenarbeit mit den Partnern.

Als Fallbeispiele wurden die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Schweden, die Niederlande, Kanada und Südkorea ausgewählt. Diese Länder gehen im internationalen Vergleich besonders progressiv mit dem digitalen Wandel um.⁸ Gleichzeitig bietet die Auswahl einen Überblick über die Vielfalt der Ansätze. Entwicklungspolitische Gestaltungsrahmen, Umfang, Größe und operative Präsenz in den Partnerländern unterscheiden sich jedoch von Land zu Land und wirken sich auf die Ausgestaltung einer digitalen Agenda aus und können daher teilweise den Vergleich erschweren.⁹ Nichtsdestotrotz lassen sich von Strukturen, Strategien und Projekten dieser Länder konkrete Empfehlungen im Sinne von Good Practices für die deutsche EZ ableiten.¹⁰

Im Folgenden werden im ersten Teil die Länderbeispiele anhand der drei skizzierten Dimensionen – (1) Institutionelle Verankerung und Umsetzung, (2) Integration digitaler Technologien in interne und externe Prozesse, (3) Neue Ansätze, Themen und Partnerschaften – untersucht. Zur besseren Kontextualisierung werden für jedes Land zudem die wesentlichen Merkmale der entwicklungspolitischen Struktur und der Umgang mit der Digitalisierung auf nationaler Ebene skizziert. Unter (4) Beurteilung werden die untersuchten Aktivitäten eingeschätzt. Im zweiten Teil werden aus den vorgestellten Länderbeispielen einige, möglicherweise auf Deutschland übertragbare Optionen herausgearbeitet und bewertet.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

4. FALLSTUDIEN¹¹**4.1. Vereinigte Staaten von Amerika**

Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)^{xi} liegt in den USA beim Bureau for Foreign Assistance und ist dem Außenministerium zugeordnet. Die Foreign Assistance wird aufgeteilt in das Department of State (DOS), unter anderem zuständig für Menschenrechte, und die unabhängige Behörde United States Agency for International Development (USAID), die die gesamten Aktivitäten der Außenpolitik der Vereinigten Staaten im Bereich der EZ koordiniert und über die etwa die Hälfte der finanziellen Auslandsunterstützung fließt.

Die amerikanische Regierung nimmt in der Digitalpolitik eine internationale Vorreiterrolle ein, die sich auch in der Arbeit von USAID widerspiegelt. Die USA erarbeiten neben Kanada und Großbritannien als eines der ersten Länder schon seit 2009 eine umfangreiche Open-Government-Initiative. Unter dem Standard Open Data by Default – also der standardmäßigen Offenlegung aller Daten – wird inzwischen die Mehrzahl aller administrativen Daten unter Data.gov zur Verfügung gestellt. 2012 erließ Präsident Barack Obama die Strategie „Building a 21st Century Digital Government“, für dessen Umsetzung der U. S. Digital Service zuständig ist, der Ministerien und Regierungsinstitutionen wie USAID bei der Implementierung der Strategie unterstützt.¹²

(1) Institutionelle Verankerung und Umsetzung

Nachdem sich USAID bereits über mehrere Jahre unter dem Schlagwort „Information and

Aufbau des Global Development Lab

1. Leitungsebene (berichtet an USAID-Leitung)
2. Center für Daten, Analyse und Forschung
3. Center für EZ Innovationen
4. Center für Globale Lösungen
5. Center für transformative Partnerschaften
6. Center für Einsätze und Vorhaben
 - Büro für Evaluation und Wirkungsmessung
 - Büro für Engagement und Kommunikation

Communication Technology for Development“ (ICT4D) vor allem in den regionalen Büros für den Einsatz digitaler Technologien engagiert hatte, fand im April 2014 eine wesentliche strategische Umstrukturierung statt: USAID eröffnete das sogenannte Global Development Lab, ein Innovationslabor, als eigenständige Einheit innerhalb der Organisation.

Abb. 1: Aufbau des Global Development Lab¹⁴

Diesem Wandel vorausgegangen war die Reformagenda „USAID Forward“. Mit Blick auf das von Präsident Obama geforderte Ziel, EZ als Schlüsselement der amerikanischen Si-

^{xi} Einige wichtige Abkürzungen werden auf S. 37 erläutert.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

cherheits- und Außenpolitik zu nutzen¹⁵, fordert die Agenda (1) einen evidenzbasierteren und strategischeren EZ-Ansatz, (2) neue Partnerschaften mit der Privatwirtschaft und direktes Investment in Partnerregierungen, (3) Investition in Forschung und Wissenschaft sowie in den Einsatz neuer Technologien, insbesondere mobiler Lösungen. Noch-Administrator Rajiv Shah setzte mit Amtsbeginn im Jahr 2010 die Agenda sukzessive um und orientierte sich stark an Prozessen aus der Startup- und Digitalwirtschaft: Mit innovativen Ansätzen früh experimentieren und sie pilotieren und je nach Erfolg verwerfen oder skalieren. Das Infrastrukturprogramm „Power to Africa“ und die Initiative Grand Challenges for Development [→] sind einige aus dieser Entwicklung entstandene Portfolios.

War es ursprüngliches Ziel des Lab, ausschließlich Raum für neue Public-private-Partnership-Innovationen mit Konzernen zu schaffen, ist das neuentstandene Lab letztlich die konsequente Umsetzung der drei in der Reformagenda aufgeführten Säulen. Mit einer ehemaligen Google-Führungskraft als Leiterin dient das Lab als neue Innovations- und Austauschplattform für Forscher, Wissenschaftler, Unternehmer, Investoren und Wirtschaftsvertreter. Unter dem Motto „Building on the belief that science, technology, innovation and partnership can accelerate development impact faster, cheaper, and more sustainably“ versucht das Lab, alternative Wege für ein neues Selbstverständnis von EZ-Organisationen als offenes, lernendes Netzwerk zu erproben. Organisatorisch ist das Lab in fünf Themenzentren und zwei Sekretariate unterteilt (siehe Abb. 1). Die Geschäftsführerin berichtet direkt an die USAID-Leitung. Der Einsatz digitaler Technologien durchzieht die Themenzentren als Querschnittsdimension.

(2) Integration digitaler Technologien in interne und externe Prozesse

Sowohl die digitale Umstellung interner Prozesse als auch die Nutzung digitaler Technologien in externen Prozessen wurde von den Amerikanern vor dem Hintergrund langfristiger Kostenersparnis, Effizienz und besserer Skalierbarkeit diskutiert und implementiert. Zahlen verdeutlichen beispielsweise die Priorisierung, die die Modernisierung interner Prozesse erfährt: Über den IT Central Fund investierte USAID im Jahr 2014 mehr als 271 Millionen US-Dollar in die Modernisierung der eigenen IT-Infrastruktur.¹⁶ Alle internen Arbeitsprozesse wurden inzwischen digitalisiert.

Wie erwähnt, nutzen die USA seit vielen Jahren digitale Technologien in ihren Projekten, beispielsweise zur Evaluation. Heute wird diese Integration systematisch im Lab von der Sektion Digital Development vorangetrieben. Sie unterstützt andere Einheiten bei der Integration bewährter mobiler und digitaler Technologien in die Projekte durch Beratung und die Bereitstellung von Handreichungen für USAID-Programme. Besonders konsequent zeigt sich dies im Feld Digitale Finanzsysteme: Über einen Digital-Finance-by-Default-Ansatz sollen bei USAID standardmäßig Transaktionen zu Beihilfeempfängern über mobile

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

Zahlsysteme abgewickelt werden. Analoge Verfahren werden nur dann eingesetzt, wenn keine mobilen beziehungsweise digitalen Systeme vorhanden oder angemessen sind.

USAID stellt seit dem Erlass der Digital-Government-Strategie im Jahr 2012 und im Rahmen von Obamas Open-Government-Initiative alle Daten unter [Usaid.gov/developer](https://www.usaid.gov/developer) auf Basis des Standards International Aid Transparency Initiative (IATI) [→] zur öffentlichen Verfügung. USAID unterstützt zudem die Open Aid Partnership [→] der Weltbank. Ebenso werden auf [Foreignassistance.gov](https://www.foreignassistance.gov) alle Ausgaben des USAID und des Department of State visuell dargestellt.

(3) Neue Ansätze, Themen und Partnerschaften

Ansätze: „Development Innovation Ventures“ ist ein jährlich laufendes Programm, über das sich Mitarbeiter und Externe mit Innovationen bewerben können, die pilotiert und getestet werden. So können relativ kleine Investitionen in risikoreiche Konzepte und Innovationen getätigt werden, um bei Erfolg wirksame Lösungen kosteneffizient zu skalieren. Gleiches gilt für den Global Innovation Fund [→], eine Art Risikokapitalfond von USAID, DFID, SIDA, der Omidyar-Stiftung und der australischen Regierung zur niedrigschwelligen Förderung von Innovationen in der EZ, sowie die Förderinitiative Making All Voices Count [→] für Innovationen im Bereich Transparenz und Open Government.

Themen: Die amerikanische EZ fördert vermehrt die Auseinandersetzung mit datengetriebenen Innovationen, beispielweise im Programm „Data & Analytics for Development“ im Global Development Lab, das sowohl Entwickler als auch Forscher zur Nutzung von Datensätzen und zur Weiterentwicklung des Bereiches Open Data und Big Data anregt, zum Beispiel im Rahmen einer aktuellen Forschungsausschreibung „Increasing Data and Analytics Capacity“, die mit zwei Millionen US-Dollar budgetiert ist.

Partnerschaften: Unter dem programmatischen Dach der Grand Challenges for Development Initiative [→] schreiben die USAID, die kanadische Regierung und die Bill and Melinda Gates Foundation Programme aus, um gemeinsam mit anderen Akteuren (unter anderem auch dem BMZ), Lösungen für besonders komplexe Herausforderungen der EZ zu entwickeln. Sie verstehen Forschung und den Einsatz offener digitale Technologien dabei als Schlüsselinstrumente. USAID hat aktuell sechs Grand Challenges ausgerufen und kooperiert unter anderem mit der schwedischen SIDA und mit Wirtschaftsakteuren wie Cisco, Microsoft und Intel.

Die Partnering to Accelerate Entrepreneurship Initiative (PACE), die von diversen Privatunternehmen gefördert wird, unterstützt Unternehmer in den Partnerländern. Zudem existieren zahlreiche Unternehmenspartnerschaften für den IT-Infrastrukturaufbau mit Intel,

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

Cisco und Microsoft sowie die Förderung der Alliance for Affordable Internet [→], an der sich unter anderem Google beteiligt.

(4) Beurteilung

Im Zentrum des US-amerikanischen EZ-Ansatzes stehen neue Partnerschaften (mit der Privatwirtschaft), die sich an der Startup-Wirtschaft orientieren und stark auf neue Technologien und Forschung zur Effizienzsteigerung und Skalierung fokussieren.

Die Gründung des Global Development Lab ist ein beeindruckender Versuch, die Potenziale des digitalen Wandels und digitaler Innovationen auszuschöpfen. Das Lab erfährt zwar allein aufgrund der Größe und finanziellen Ressourcen viel Aufmerksamkeit durch interne und externe Stakeholder, doch noch ist es zu früh zu bewerten, wie wirksam dieses Vorhaben tatsächlich sein wird. Bislang lässt sich keine klare Strategie dahingehend erkennen, inwieweit die zahlreichen Aktivitäten sinnvoll zusammenfließen, institutionell verankert werden und inwiefern die Ergebnisse in die traditionelle Arbeit von USAID beziehungsweise der amerikanischen EZ einfließen. Zwar ist das Lab offen für Ideen neuer (amerikanischer) Partner, allerdings ist nicht ersichtlich, inwieweit lokale Lösungen in den Partnerländern gefördert werden und inwiefern Erfahrungen aus den Partnerländern zurück in die Prozesse nach Washington fließen. Die stark zentralisierte Struktur lässt eher einen Top-down-Ansatz vermuten, bei dem Wissen im Lab aggregiert und fertige Lösungen dann in den Partnerländern erprobt werden.

Im technikoptimistischen Ansatz der amerikanischen EZ scheinen zudem mögliche negative Folgen des Einsatzes digitaler Technologien weitestgehend ausgeblendet. Gegenüber potenziell langfristigen Interessen großer IT-Konzerne scheint man zudem Partnerschaften unkritisch zu begegnen. Bislang positioniert sich USAID – trotz der Ressourcen – nicht als Akteur im Feld digitaler Menschenrechte.

4.2. Großbritannien

Die EZ ist in Großbritannien in einem eigenen Ministerium, dem Department for International Development (DFID), konzentriert und wird im Kabinett durch einen Minister vertreten.

Auch Großbritannien zeigt sich auf nationaler Ebene dem digitalen Wandel gegenüber sehr aufgeschlossen. Die Regierung versuchte als erste der Welt, eine gesamtstaatliche Open-Data-Initiative und großflächige E-Government-Strategien umzusetzen. Nachdem diese gescheitert waren, engagierte der damalige Premierminister Gordon Brown im Jahr 2009 externe Berater aus der IT-Privatwirtschaft, um den Prozess zu begleiten. David Cameron setzte diese Bemühung fort. Im Jahr 2011 etablierte er die Abteilung Government Digital Service (GDS), stattete diese finanziell großzügig aus – zwei Jahre nach Gründung arbeitete

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

ten bereits 200 Mitarbeiter für den GDS – und befugte sie mit der Umsetzung einer Digital-by-Default-Strategie. Im Zuge dessen wurden alle Ministerien dazu aufgefordert, eine eigene Digitalisierungsstrategie für die Legislatur 2011–2015 zu erarbeiten, auch das DFID nutzte diese Gelegenheit.

(1) Institutionelle Verankerung und Umsetzung

Das DFID verfügt über die wohl ausgreifteste digitale Strategie einer Entwicklungsorganisation.¹⁷ Dies ist insofern beachtlich, da für den Aufbau der Strategie im DFID keinerlei Budget zur Verfügung stand und zunächst lediglich 1,5 Mitarbeiter für diese Aufgabe freigestellt wurden. Die Verantwortung lag beim Kommunikationsteam. Allerdings stand der GDS dem DFID und anderen Ministerien mit einem festen Ansprechpartner und mit Fortbildungsmaßnahmen beratend zur Seite. Um Finanzierung für Vorhaben zu erhalten, muss das DFID Anträge stellen.

Das Vorgehen des DFID wurde vom GDS mehrfach als Erfolgsbeispiel hervorgehoben. Diese Erfolgsbeispiele dienten auch den anderen Ministerien als Orientierung. So steuerten DFID-Mitarbeiter Inhalte für diverse interne und externe Regierungsveranstaltungen bei.

Einige Elemente scheinen für die erfolgreiche Strategieumsetzung förderlich gewesen zu sein:

1. Der Prozess wurde zum Leadership-Thema erklärt. Auf Management-Ebene ist ein Schirmherr (derzeit der Generaldirektor für Strategie und Programme) benannt, der sich fortan für die Priorisierung digitaler Themen einsetzt.
2. Das DFID berief ein externes Beratungsteam, das sich aus Experten aus Wissenschaft und Praxis des Themenfeldes Digitales und Entwicklung zusammensetzt, zwei Mal im Jahr tagt und die Aktivitäten des DFID bewertet beziehungsweise Vorschläge für Anpassungen ausspricht.
3. Alle britischen Ministerien sind aufgefordert, ihren Strategieprozess zu dokumentieren und dem GDS Bericht zu erstatten. Dadurch werden Prozesse, Erfahrungen, Misserfolge und Ausblick transparent online dokumentiert.
4. Nach eigenen Angaben herrschte innerhalb der Organisation unter vielen Mitarbeitern ohnehin eine gewisse Technikaffinität. Bereits bestehende Maßnahmen, etwa dass zehn Prozent des Budgets eines jeden Projektes in Kommunikation und Reporting fließen musste, haben hierzu wahrscheinlich beigetragen.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

Durch zusätzliche Maßnahmen wurden die Mitarbeiter in den Prozess eingebunden. Beispielsweise bekamen sie Leitfäden für die Arbeit mit digitalen Technologien (die sie etwa zur Nutzung von Twitter anregen und als inhaltliche Ansprechpartner sichtbarer machen sollten), konnten über ein Online-Selbsteinstufungsquiz ihren Kenntnisstand zum Einsatz dieser Technologien (auch zu Urheberrecht und Datenschutz) prüfen¹⁸ und nahmen an internen Workshops mit externen Experten teil.

(2) Integration digitaler Technologien in interne und externe Prozesse

Im Zentrum der DFID-Strategie steht aufgrund der Entstehungsgeschichte die Digitalisierung der Prozesse (E-Government) mit dem Ziel, diese (a) zu öffnen, (b) zu vereinfachen und (c) zu verbessern (siehe Abb. 2).

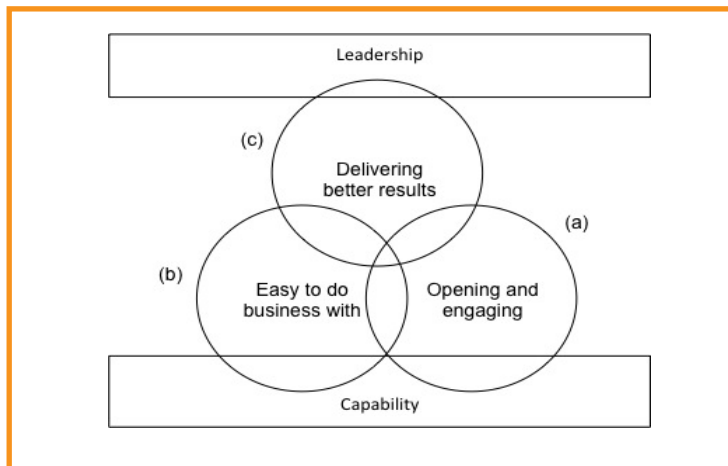


Abb. 2: Ansatz der digitalen Strategie des Department for International Development (DFID)¹⁹

Auch in England verspricht man sich durch den Einsatz digitaler Technologien, Kosten zu sparen und das Programmdesign zu verbessern. Seit April 2014 hat der DGS den Standard Digital by Default erfolgreich implementiert, der auch für das DFID gilt. Das Web Hosting läuft bei DFID über Cloud-Dienstleistungen, es werden frei zugängliche Internetanwendungen genutzt und Anwendungen werden mit offenen Quellcodes erstellt. Seit März 2015 werden Dokumente und Informationen des Ministeriums nur noch in Formaten mit offenem Quellcode veröffentlicht (PDF/A, HTML und Open Document Format).²⁰ Das Digital Team, das für die Umsetzung der Strategie zuständig ist, unterstützt Programm-Mitarbeiter bei der Nutzung dieser Technologien. Bei der Entwicklung digitaler Lösungen orientiert man sich an den vom GDS empfohlenen zehn UK-Design-Prinzipien (siehe Abb. 3) sowie an den UNICEF Innovation Principles [→], die einen schlanken und bedarfsorientierten Innovationsprozess unterstützen.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL****Government Digital Service Design Principles (2012)**

1. Start with needs (user needs not government needs)
2. Do less
3. Design with data
4. Do the hard work to make it simple
5. Iterate. Then iterate again.
6. Build for inclusion
7. Understand context
8. Build digital services, not websites
9. Be consistent, not uniform
10. Make things open: it makes things better

Abb. 3: UK-Design-Prinzipien des Government Digital Service (GDS)²¹

Das DFID war maßgeblicher Treiber eines Open-Development-Ansatzes und hat sich bereits im Jahr 2010 für eine Aid Transparency Guarantee ausgesprochen, die EZ-Aktivitäten für die britische Regierung transparent machen soll. Unter der quelloffenen Plattform Development Tracker können Ausgaben und Projekte der Organisation im IATI-Standard gut visualisiert nachvollzogen werden. Zudem wird bereits jetzt jede Transaktion über einem Wert von 500 Pfund monatlich auf der Homepage veröffentlicht.²² Die britische Regierung unterstützt zudem die Open Aid Partnership [→].

Das DFID hat den Anspruch, für Stakeholder und Partner beziehungsweise externe Dienstleister oder NGOs zugänglicher und leichter erreichbar zu sein. So wurde beispielsweise die digitale Suchmaske Funding Finder entwickelt, um das Auffinden passender Finanzierungsmöglichkeiten zu erleichtern. Soziale Medien werden ebenfalls eingesetzt, um für Partner erreichbar zu sein. DFID-Mitarbeiter werden gezielt dazu ermutigt, Facebook und Twitter zu nutzen und als (thematische) Ansprechpartner sichtbar zu werden. Das DFID nutzt die Kommunikation in sozialen Medien schon lange als Instrument, um die britische Bevölkerung über Kampagnen zu EZ-relevanten Themen zu informieren, so zum Beispiel über die Medics-behind-the-Mask-Kampagne im Zuge der Ebola-Epidemie.

(3) Neue Ansätze, Themen und Partnerschaften

Ansätze: Das DFID fördert Innovationen durch diverse Aktivitäten, allen voran durch den bereits erwähnten Global Innovation Fund [→], über den auch Innovation Hubs in Partnerländern gefördert werden, und durch die Unterstützung der Initiative Making All Voices Count [→].

Themen: Zukünftig soll dem Thema Datenbasierte Innovationen (zum Beispiel Big Data) vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden. In mehreren Maßnahmen unterstützt das DFID die UN-Initiative „Data Revolution“, die untersucht, wie Daten für entwicklungspolitische Ziele eingesetzt werden können. Auch für die internen Prozesse will das DFID zukünftig stärker auf das Potenzial datenbasierter Entscheidungen zurückgreifen.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

(4) Beurteilung

Obgleich die britische Strategie vor allem einen E-Government-Ansatz verfolgt, zeichnet sich durch die konsequente Umsetzung dieser Strategie ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel ab, indem sich das DFID von einer geschlossenen Behörde in Richtung eines transparenten, frei zugänglichen und innovativen Netzwerks entwickelt.

Die umfassende Digitalstrategie des DFID hat damit sicherlich Vorbildcharakter, auch weil sie sich durch einen schlanken und dynamischen Prozess auszeichnet, der – im Gegensatz zur sehr anspruchsvollen und kostspieligen Vorgehensweisen von USAID – eher auf andere Institutionen übertragbar ist.

Unklar ist jedoch, welche Wirkung die Strategie über die starke kommunikative Komponente hinaus für die Partnerländer hat. Die tendenziell optimistische Herangehensweise blendet möglicherweise negative, durch die Integration digitaler Technologien in die eigenen Programme nicht-intendierte Folgen aus, so etwa die Frage, wie in Partnerländern der Schutz der Privatsphäre bei der Nutzung von Social-Media-Kampagnen gewährleistet werden kann. Klare Prozesse zum Beispiel in Bezug auf die Abstimmung mit dem britischen Außenministerium, das für digitale Menschenrechte verantwortlich ist, oder die Integration von Maßnahmen zum Schutze digitaler Menschenrechte lassen sich zumindest noch nicht erkennen.

4.3. Schweden

In Schweden unterliegt die EZ dem Außenministerium mit einer Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit. Die Umsetzung aller außenpolitischen Projekte wird von der Swedish International Development Cooperation Agency (SIDA) auf Anweisung des Parlaments und der Regierung sowie in Zusammenarbeit mit den Botschaften vorgenommen. Über SIDA fließt etwa die Hälfte der offiziellen Entwicklungshilfe. Das Aid Policy Framework und die Richtlinien der Regierung regulieren die Arbeit von SIDA.

Auf nationaler Ebene gab Schweden mit Gründung der Digitalisierungskommissionen im Jahr 2012 ein klares Signal, eine Führungsrolle in der Digitalpolitik einnehmen zu wollen. Die Kommission hat einen Aktionsplan für die Jahre 2012 bis 2015 erarbeitet. Sie schließen an die bereits im Jahr 2011 durch die schwedische Ministerin für Information, Technologie und Energie präsentierte Digitalstrategie an. Auf der Seite Digitalasverige.se lässt sich ihr Fortschritt verfolgen.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL****(1) Institutionelle Verankerung und Umsetzung**

Auch in der schwedischen EZ verlagert sich der Fokus zunehmend auf die Förderung von Forschung, unternehmerischen Ansätzen und Innovationen sowie auf flexiblere und agilere Prozesse. So heißt es in der aktuellen EZ-Strategie, dem Aid Policy Framework, ähnlich wie bei USAID, dass Innovationen durch neue Ideen, Technologien, Mechanismen und Partnerschaften im Zentrum der schwedischen EZ stehen werden.²³ Wesentlich für Schwedens Strategie ist allerdings, dass sie die Lebenssituation von Individuen ins Zentrum rückt und versucht, den Erfolg der eigenen Arbeit am individuellen Wohlbefinden der Begünstigten zu messen.

Im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel forciert die Strategie (a) die Unterstützung eines vielseitigen Medienangebots; von Gesetzen und Regulierungen, der Pressefreiheit, freier Medien und Meinungsfreiheit, (b) den gezielten Einsatz digitaler Technologien für Demokratisierung und Meinungsfreiheit sowie (c) verbesserten Zugang zu einem offenen, sicheren und freien Internet.²⁴

Schweden gilt neben Kanada als Pionier in der Verknüpfung digitaler Technologien mit EZ und positionierte maßgeblich den Begriff ICT4D auf der entwicklungspolitischen Agenda. Nach Bemühungen zum Aufbau von IT-Infrastruktur in den neunziger Jahren etablierte die schwedische Regierung im Jahr 2002 im Ministerium ein ICT4D-Sekretariat mit fünf Mitarbeiterstellen, um IKT innerhalb der Botschaften und SIDA zur vorherrschenden Politik zu machen. Allerdings wurde der Prozess einige Jahre später für gescheitert erklärt. Zwar bildete das Sekretariat in den schwedischen Botschaften der Partnerländer erfolgreich Mitarbeiter aus, jedoch fand zu wenig Wissens- und Erfahrungsaustausch mit der Zentrale statt. Darüber hinaus mangelte es der Führungsebene an Engagement, so dass das Sekretariat erst an Sichtbarkeit und schließlich auch an Relevanz verlor.²⁵

Mit dem Aufkeimen des Arabischen Frühlings erlebte das Thema, wie in vielen anderen Ländern, eine Renaissance und die schwedische Regierung forderte von SIDA, die Potenziale digitaler Technologien zur Demokratieförderung stärker zu fokussieren.²⁶ Gleichzeitig weitete das Außenministerium seine Aktivitäten im Bereich Internet Governance aus. Noch heute hat SIDA das Ziel, digitale Technologien zum Mainstream zu machen.

Aktuell arbeiten in der SIDA-Zentrale sieben Mitarbeiter am Digital-Portfolio, vier davon mit einem Schwerpunkt auf Demokratie. In der Außenstruktur gibt es 4,5 weitere Mitarbeiter, die sich explizit mit ICT4D-Themen befassen (insgesamt arbeiten etwa 700 Mitarbeiter bei SIDA). Da viele Partnerländer bezüglich Digitalisierungsmaßnahmen ein verstärktes Interesse an der Zusammenarbeit mit Schweden signalisieren, haben mehrere

VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN: IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

schwedische Botschaften digitale Aktivitäten in ihre Arbeitsportfolios aufgenommen, so zum Beispiel in Afghanistan, Palästina, Tansania, Ruanda und Somalia.

Zeitgleich mit dem Aufbau des ICT4D-Sekretariats gründeten die Schweden im Jahr 2004 das Forschungsprogramm „Swedish Program for ICT in Developing Regions“ (SPIDER), das dem Sweden Royal Institute of Technology angegliedert ist, aber überwiegend durch SIDA-Mittel (jährlich etwa zwei Millionen US-Dollar) finanziert wird. SPIDER dient als externes (wissenschaftliches) Beratungsorgan zur Verankerung der Digitalisierung innerhalb von SIDA. Es ist Anlaufstelle für SIDA-Mitarbeiter bei Fragen zur Integration digitaler Technologien, unterstützt die Evaluierung und Implementierung von ICT4D-Projekten und führt Fortbildungskurse für SIDA-Mitarbeiter und Teilnehmer aus den Partnerländern durch.

(2) Integration digitaler Technologien in interne und externe Prozesse²⁷

SIDA versteht den Einsatz digitaler Technologie – nach wie vor unter dem Stichwort ICT4D – als Methode, um Projekte zu verbessern und Innovationen voranzutreiben. Zwischen 2013 und 2014 förderte SIDA etwa 320 Initiativen mit mindestens einer digitalen Komponente.

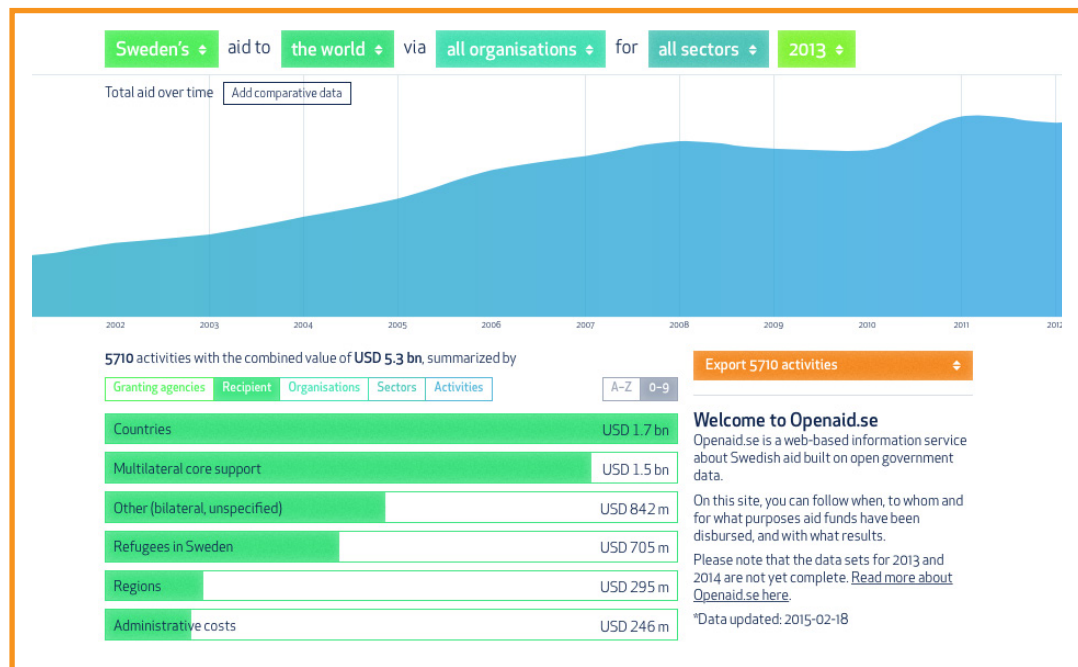


Abb. 4: Basierend auf Daten der Regierung, informiert die Plattform Openaid.se über Aufwendungen der schwedischen EZ. Quelle: Screenshot Openaid.de

Ebenso wird Transparenz und Offenheit als Querschnittsthema erachtet. Über eine Plattform mit offenem Quellcode (Openaid.se) werden, wie bei USAID und DFID basierend auf dem IATI-Standard, die Geldströme der schwedischen EZ visualisiert (siehe Abb. 4).

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

(3) Neue Ansätze, Themen und Partnerschaften

Ansätze: Digitale Innovationen werden über verschiedene Programme gefördert. Über derzeit sechs thematische Challenge Funds – nicht zu verwechseln mit den Grand Challenges – stellt SIDA finanzielle Mittel zur Verfügung, um kreative Problemlösungsansätze zu unterstützen. Das kenianische Startup Akira Chix, das jungen Frauen IT-Kenntnisse vermittelt, und die Plattform Digital Defenders Partnership [→], das Online-Aktivisten vor Gefahren aus dem Internet schützen möchte, konnten sich beispielsweise über einen solchen Challenge Fund finanzieren. Auch die erwähnte Kampagne Making All Voices Count [→] stellt einen eigenständigen Challenge Fund dar. Zudem unterstützt SIDA auch den erwähnten Global Innovation Fund [→], das Programm InfoDev [→] der Weltbank, das Startups im globalen Süden fördert, und den sich im Aufbau befindenden Mobile Hub [→], einen in Washington angesiedelten Inkubator für Lösungen zu mobilen Technologien.

SPIDER vergibt Stipendien zu ICT4D-Forschungsprojekten in den Bereichen Demokratisierung, Bildung und Gesundheit.

Themen: Aufgrund der strukturellen Anbindung an das schwedische Außenministerium ist SIDA intensiv in multilaterale Internet-Governance-Aktivitäten wie das Internet Governance Forum eingebunden, und die schwedische EZ legt auch im ICT4D-Portfolio einen starken inhaltlichen Fokus auf digitale Menschenrechte, insbesondere auf Meinungsfreiheit im Internet, und Demokratieförderung. Deswegen unterstützt SIDA diverse NGOs an der Schnittstelle zwischen Menschenrechten und digitalem Wandel (zum Beispiel das Tactical Technology Collective und das Humanistisch Instituut voor Ontwikkelingssamenwerking (HIVOS), S.21) oder richtete das Stockholm Internet Forum für Freiheit im Internet mit aus.

Partnerschaften: SIDA hat sich neben DFID, USAID und anderen Einrichtungen an der Erarbeitung der Principles for Digital Development [→] (aufbauend auf den UNICEF- und den UK-Design-Prinzipien) beteiligt, eines Leitfadens für den Einsatz digitaler Technologien in EZ-Projekten.

Neben diesen wiederkehrenden Förderungspartnerschaften zwischen USAID, DFID und SIDA ist SIDA zudem im Rahmen der Grand Challenges for Development Initiative [→] eine exklusive Kooperation mit USAID eingegangen. Mit 400 Millionen US-Dollar ist dies die bisher umfangreichste Kooperation zwischen zwei Geberorganisationen.

Ähnlich wie USAID forciert auch SIDA Unternehmenspartnerschaften, insbesondere mit schwedischen Unternehmen wie den Mobilfunkanbietern Millicom und Ericsson.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

(4) Beurteilung

Vom Pionier Schweden lässt sich zweifelsohne viel lernen. Die kontinuierlichen Erfahrung mit einem Mainstreaming-Ansatz, die Auseinandersetzung mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Digitale Menschenrechte und der erfolgreiche Aufbau von SPIDER sind beachtlich. SIDA wird von anderen Organisationen und Partnern als Experte und Ansprechpartner für digitale Strategien und Projekte wahrgenommen.

Der Schwerpunkt wird in Schweden nach wie vor auf die Integration von digitalen Technologien in Projekte und Programme gelegt. Dies gelingt vor allem im Bereich Demokratisierung erfolgreich. In anderen Bereichen – etwa Geschlechtergerechtigkeit, Bildung und Gesundheit – scheint die Integration digitaler Technologien noch ausbaufähig. Trotz zahlreicher Rückschläge wird versucht, an einem Mainstreaming-Ansatz festzuhalten. Unklar ist, inwieweit die Schwierigkeiten des ICT4D-Sekretariats überwunden werden konnten und Mitarbeiter aus der Zentrale in die Bemühungen vor Ort eingebunden sind. Offen ist auch, inwieweit sich die Empfänger in den Partnerländern an der Ausgestaltung von digitalen Projekten beteiligen können.

4.4. Niederlande

Die Federführung der niederländischen EZ obliegt dem Außenministerium (MFA) (über das 87 Prozent der ODA fließen) und wird in den Partnerländern über die Botschaften koordiniert. Im Ministerium gibt es eine zuständige Ministerin für Entwicklung und Außenhandel sowie die Umsetzungseinheit Directorate General for International Cooperation (DGIS). Eine hohe Anzahl an Mitarbeitern (60 Prozent) arbeitet in der sogenannten Außenstruktur, den Botschaften, die etwa ein Drittel der EZ-Gelder flexibel koordinieren. 31 Prozent der Gelder, doppelt so viel wie im DAC-Ländervergleich, werden in den Niederlanden durch zivilgesellschaftliche Organisationen verteilt.²⁸

Seit 2013 verfolgt die niederländische Regierung eine neue entwicklungspolitische Agenda für Aid, Trade and Investment, mit der sie die Handels- und Entwicklungspolitik stärker verbindet, thematisch fokussiert und nur noch auf 15 statt auf 33 Länder konzentriert.²⁹

Auf nationaler Ebene zeigt sich in der niederländischen Regierung in Hinblick auf Digitalisierungsmaßnahmen ein gemischtes Bild: Die Niederlande sind einerseits unter den führenden Ländern im Bereich E-Government und auf Platz eins des E-Participation Index der Vereinten Nationen.³⁰ Andererseits zeigten sich die Niederländer bei der Offenlegung von Regierungsdaten im Vergleich zu Amerikanern, Briten und Kanadiern wesentlich zögerlicher. Die holländische Regierung kündigte an, im Frühjahr 2015 ihre Open-Government-Strategie umzusetzen. Ein neues Portal soll dann die aktuelle Plattform Data.overheid.nl ersetzen.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

(1) Institutionelle Verankerung und Umsetzung

In der aktuellen EZ-Agenda wird zwar auf einzelne Punkte an der Schnittstelle zwischen Digitalem und Außenhandel eingegangen, so etwa auf die Investition und die Unterstützung im Aufbau von IT-Sektor und Urheberrecht,³¹ aber zumindest in den klassischen EZ-Aktivitäten lässt sich keine strategische Verankerung erkennen. Die Gründung des International Institute for Communication and Development (IICD) bereits Mitte der neunziger Jahre legt aber nahe, dass das Ministerium durchaus Interesse an diesem Thema hatte.

Wegen der hohen Relevanz, die nationalen NGOs in der holländischen EZ als Durchführungsorganisationen und Intermediäre zukommt, lohnt sich ein näherer Blick auf ihre Aktivitäten. Denn tatsächlich agieren verhältnismäßig viele niederländische EZ-NGOs seit etlichen Jahren im Feld Digitale EZ. Ein Grund dafür könnte sein, dass das niederländische Finanzierungssystem³² den NGOs erlaubt, flexibel zu agieren und mit neuen Themen zu experimentieren.

Das Konsortium Connect4Change führt niederländische EZ-Organisationen³³ zusammen, die sich zum Ziel gesetzt haben, in Afrika und Lateinamerika auf partnerschaftliche Weise Entwicklung durch den Einsatz digitaler Technologien zu fördern. Unterstützt durch die niederländische Regierung, stellt das Konsortium in Malawi beispielsweise Präventions-SMS an werdende Mütter und andere Anwendungen von Telemedizin für den Gesundheitssektor bereit.

Eine der hier beteiligten Organisationen, das erwähnte IICD, wurde 1996 vom früheren holländischen Entwicklungsministerium gegründet. Die NGO fördert durch den Einsatz digitaler Technologien soziale Innovationen in den Partnerländern. Noch heute finanziert sich die Organisation größtenteils über Gelder der niederländischen Regierung – und handelt damit quasi wie eine externe ICT4D-Agentur der Regierung.

Zu den wichtigsten NGOs im Themenfeld Digitaler Wandel und EZ zählt zudem das bereits erwähnte Humanistisch Instituut voor Ontwikkelingssamenwerking (HIVOS). HIVOS prägte die Entwicklungsagenda im Hinblick auf den digitalen Wandel zu einem frühen Zeitpunkt mit. Im Gegensatz zu IICD hat sich HIVOS aber vom klassischen ICT4D-Projekt-Ansatz abgewandt und arbeitet nun vor allem zu politischen Themen wie Transparenz, Digitaler Aktivismus und Digitale Menschenrechte. HIVOS hat digitale Technologien als Querschnittsthema in ihre Programme integriert und verfolgt gleichzeitig einen holistischen Mainstreaming-Ansatz, beispielsweise werden Mitarbeiter im Bereich Internetsicherheit geschult. Für die eigene Arbeit versteht die NGO den digitalen Wandel als Paradigmenwechsel hin zu Offenheit und Partizipation der Partner. HIVOS bezieht ebenfalls Gelder über das MFA sowie unter anderem über DFID und SIDA.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

(2) Integration digitaler Technologien in interne und externe Prozesse

Digitale Technologien werden vom MFA als Instrument eingesetzt, um besser mit den Herausforderungen der dezentralen Struktur der niederländischen EZ beziehungsweise der auswärtigen Politik umzugehen.³⁴ Damit einher gehen einzelne Digitalisierungsmaßnahmen, so wird etwa bis 2016 das papierlose Arbeiten für alle Partnerorganisationen von DGIS obligatorisch.

Das MFA ist seit 2011 IATI-Mitglied und die niederländische Regierung unterstützt zudem die Open Aid Partnership [->]. Das DGIS ist derzeit im Begriff, EZ-relevante Daten über den IATI-Standard zu veröffentlichen. Bei diesem Prozess werden sie von der niederländischen NGO Akvo, die Mitglied des Connect4Change-Konsortiums ist, unterstützt.

Inwiefern die Arbeit von NGOs wie HIVOS oder IICD auf Prozesse im Ministerium zurückwirken, kann gegenwärtig nur vermutet werden.

(3) Neue Ansätze, Themen und Partnerschaften

Zwar lässt sich keine strategische Verankerung des digitalen Wandels in den EZ-Programmen erkennen, dafür ist das MFA an der Schnittstelle zwischen Menschenrechten und Digitalem umso aktiver: Über mehrere thematische Fördertöpfe werden NGOs im Bereich Digitale Menschenrechte gefördert, zum Beispiel im Rahmen des Programms „Dialogue and Dissent“, das zivilgesellschaftliche Strukturen in den Partnerländern stärkt und über das beispielsweise die Plattform [Free Press Unlimited](#) gefördert wird, oder des Programms „Human Rights Fund“, über den zahlreiche Projekte von HIVOS finanziert werden.

Themen: Die Niederlande sind Initiator der Freedom Online Coalition [->], eines Forums, das digitale Menschenrechte in einem Verbund diverser Stakeholder fördert. Die Digital Defenders Partnership [->], die wiederum von HIVOS koordiniert wird, hat ihren Ursprung in der Freedom Online Coalition [->] und fungiert als Fördertopf, um Opfer von Gefahren im Internet zu schützen, zum Beispiel durch die Finanzierung von Cyber-Sicherheitstrainings. Diverse Akteure, unter anderem das MFA und SIDA, unterstützen das Programm finanziell.

Ansätze: Das MFA hat kürzlich zehn Millionen Euro für Innovationen im humanitären Bereich bereitgestellt. Diese sollen sowohl für neue Ansätze und als auch zur Förderung von datenbasierten Innovationen, zum Beispiel Big Data, im humanitären Kontext genutzt werden. Im Zuge dieser Bemühungen unterstützte das MFA beispielsweise diverse Veranstaltungen zum Thema Verantwortlicher Umgang mit Daten.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

Wie das USAID-Lab so verfolgen auch IICD und HIVOS – wenn auch in einem viel kleineren Umfang – einen unternehmerischen Ansatz, indem neue Lösungen schnell und flexibel in enger Einbindung der lokalen Bevölkerung getestet werden. Beide NGOs arbeiten dabei mit Software und Daten, die frei zugänglich sind. Gerade HIVOS pflegt intensive Partnerschaften mit lokalen Innovationszentren und Akteuren der aufkeimenden Startup-Szene des globalen Südens.

HIVOS ist neben der kenianischen NGO Ushahidi eine der koordinierenden Organisationen der hier vielfach erwähnten Initiative Making All Voices Count [→] und seit 2013 zivilgesellschaftlicher Koordinator der Open Government Partnership [→].

(4) Beurteilung

Mit Gründung des IICD zeigte die niederländische Regierung frühes Interesse an digitalen Technologien in der EZ. Davon abgesehen lassen sich allerdings keinerlei Hinweise auf eine strategische Verankerung innerhalb des Ministeriums finden. Ob die niederländischen Botschaften eigene Initiativen in diesem Bereich anstoßen, ist ebenfalls unklar.

Durch das besondere Finanzierungssystem von zivilgesellschaftlichen Institutionen konnten nichtsdestotrotz zahlreiche innovative Initiativen des klassischen ICT4D-Portfolios und neuer Themen wie Digitale Menschenrechte (zum Beispiel über HIVOS) Unterstützung erhalten. Das Fördersystem erlaubt es den NGOs zudem, auch an unkonventionelleren Themen zu arbeiten.

Der im humanitären Bereich neu aufgelegte Innovationsfund, über den etwa Diskussionen zu datengetriebenen Innovationen angestoßen werden konnten, reiht sich in diesen Ansatz ein.

Dank der Förderstruktur konnten auch entsprechend viele Projekte in diesem Bereich unmittelbar mit und in den Partnerländern umgesetzt werden. Unklar ist allerdings, inwiefern auch lokale Initiativen nachhaltig aufgebaut worden sind. Bedauerlich ist überdies, dass es keinen Feedbackkanal in das Ministerium gibt, über den die NGOs von ihrer Arbeit, insbesondere in den Partnerländern, berichten können. Denn aus ihren Erfahrungen und Erkenntnissen ließen sich gewiss relevante strategische Maßnahmen für die weitere EZ-Agenda ableiten.

4.5. Kanada

2013 löste die konservative Regierung die Entwicklungsbehörde (CIDA) auf und integrierte ihre Aktivitäten vollständig in die Struktur des Außenministeriums (DFATD). Dort gibt es einen untergeordneten Minister für internationale Entwicklung und den frankophonen

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

Raum. Die entwicklungspolitische Arbeit im Ausland wird inzwischen von den kanadischen Botschaften durchgeführt. Kanadas EZ zeichnet sich aus durch (a) eine starke Präsenz in den Partnerländern, (b) einen starken Fokus auf Menschenrechte und (c) die intensive Unterstützung EZ-relevanter Forschung in Kanada und den Partnerländern (maßgeblich vom International Development Research Center (IDRC) durchgeführt, das beispielsweise im Jahr 2010 169 Millionen US-Dollar³⁵ von CIDA erhielt).

Auf nationaler Ebene zeigt sich die kanadische Regierung, ähnlich wie die anderen angelsächsischen Länder, dem digitalen Wandel gegenüber sehr aufgeschlossen. Schon im Jahr 2010 wurden erste strategische Ansätze dazu entwickelt³⁶ und eine Open-Government-Initiative angestoßen. Auf dem Portal Open.canada.ca stehen zahlreiche Regierungsdaten zur Verfügung. Die kanadische Regierung unterstützt zudem die Open Aid Partnership [→].

(1) Institutionelle Verankerung und Umsetzung

Inzwischen blickt Kanadas EZ mit CIDA auf eine lange Geschichte im Digitalsektor zurück. Ebenso wie Schweden setzte sich die Behörde für einen Mainstreaming-Ansatz ein, der maßgeblich über das 1970 ausgegründete IDRC eingefordert wurde. Es ist schwer zu sagen, inwiefern diese Bemühungen mit der strukturellen Reform weiterverfolgt werden. Das DFATD beteiligt sich derzeit eher nach dem Gießkannenprinzip an einzelnen Digital-Aktivitäten, so beispielweise im Rahmen von Programmen der International Telecommunication Union (ITU) oder der Unterstützung kanadischer ICT4D-Sozialunternehmen. Das IDRC hingegen setzt sich weiterhin progressiv mit neuen und alten Themen der digitalen Welt auseinander.

(2) Integration digitaler Technologien in interne und externe Prozesse

Inwiefern DFATD derzeit digitale Technologien in internen Prozessen oder Projekten nutzt, ist nicht bekannt. Die Vorgänger-Institution CIDA strebte schon zu einem frühen Zeitpunkt die Offenlegung aller internen Daten an. Dieser Prozess verlief zeitgleich mit dem Open-Government-Erlass der kanadischen Regierung. Durch die Rückendeckung auf Regierungsebene konnte CIDA unkompliziert diesen Transformationsprozess durchlaufen. Dies könnte erklären, warum die Kanadier – insbesondere IDRC – als Vorreiter eines „offenen Entwicklungsansatzes“ (zum Beispiel durch frei verfügbare Software, Daten und Innovationen) gelten.

Das IDRC etablierte sich mit seinem Science-and-Innovation-Portfolio als führende Forschungsinstitution und als Meinungsführer im digitalen Wandel und formt weiterhin aufgrund des policy-geleiteten Forschungsansatzes die digitale Agenda vieler Akteure und Partnerländer mit. Innerhalb anderer Portfolios wird die Auseinandersetzung mit digitalen Technologien zum dominierenden Thema gemacht. Zudem ist das IDRC Treiber der Open-Development-Debatte.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

(3) Neue Ansätze, Themen und Partnerschaften

Themen: Neben Open Development, also EZ unter Gesichtspunkten eines freien Netzwerkzuges, beschäftigt sich das IDRC im Rahmen des Programms „Information and Networks“³⁷ verstärkt mit möglichen negativen Auswirkungen des digitalen Wandels, insbesondere mit den Themen Privatsphäre, Urheberrecht und Zensur. Im Rahmen dieser Programme vergibt IDRC Forschungsstipendien.

Partnerschaften: Das Ministerium gewährt der Initiative InfoDev [→] der Weltbank finanzielle Unterstützung und fördert gemeinsam mit privatwirtschaftlichen Partnern wie CISCO und IBM über die Organisation Digital Opportunity Trust in den Partnerländern die Stärkung von Unternehmertum. Zudem beteiligt sich die kanadische Regierung an den Grand Challenges und hat derzeit sechs Programme ausgeschrieben, in denen mittels neuer Technologie, Forschung und Partnerschaften innovative Lösungen im Gesundheitsbereich entwickelt werden.

Darüber hinaus konzentriert sich das IDRC weniger auf den Aufbau von Projekten als auf den Aufbau von Partnerschaften und Kapazitäten in den Partnerländern.³⁸ Exemplarisch seien das Netzwerk Research ICT Africa (RIA), das mit Unterstützung von IDRC entstanden ist und sich inzwischen als relevanter Akteur in Afrika etabliert hat, und die Forschungsplattform Safeguard-Project [→] genannt. Letztere wurde mit finanzieller Unterstützung von IDRC und SIDA durch die international tätige Menschenrechtsorganisation Privacy International aufgesetzt, um in Zusammenarbeit mit Forschungsinstitutionen in den Partnerländern Chancen und Risiken für ein freies Internet in den jeweiligen Ländern zu erforschen.

(4) Beurteilung

Es bleibt abzuwarten, inwiefern in Kanada die – anfänglich wegweisenden – Aktivitäten im Digital-Bereich durch die politische Restrukturierung beeinflusst werden, an den Bemühungen im Bereich Open Data wird Kanada sicherlich festhalten.

Das IDRC selber agiert nach wie vor als bedeutsamer Akteur und treibt dank der Förderung durch die Regierung endlich, wie HIVOS in den Niederlanden, die Debatte zu den Chancen und Risiken weiter voran. Insbesondere die enge Zusammenarbeit mit Institutionen in den Partnerländern und die Investitionen in lokale Kapazitäten und internationale Verbundprojekte sind positiv auch mit Blick auf einen Süd-Nord- beziehungsweise Süd-Süd-Austausch zu bewerten. Idealerweise kann das Institut der kanadischen Regierung dadurch weiterhin als wichtiger Impulsgeber dienen.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

4.6. Südkorea

Südkorea hat einen unorthodoxen, mitunter auch von der OECD kritisch betrachteten Ansatz,³⁹ der ungewöhnlich viele Institutionen in die Entwicklungspolitik involviert. Das Committee for International Development Cooperation (CIDC) mit dem Premierminister als Vorsitzenden entscheidet als koordinierende Instanz über die Ausrichtung der südkoreanischen EZ. Das Außenministerium (MOFAT) und das Finanzministerium (OSF) legen die Strategien vor und koordinieren die finanziellen Ressourcen, so gewährt das OSF über die Exobank (EDCF) Kredite. Die Durchführungsorganisation Korea International Cooperation Agency (KOICA), die vom Außenministerium gesteuert wird, vergibt Subventionen und Fördersummen und implementiert als Durchführungsorganisationen zum Beispiel auch Programme.⁴⁰

Auch wenn der Vergleichbarkeit mit etablierten Gebern Grenzen gesetzt sind, lohnt sich der Blick auf die entwicklungspolitischen Aktivitäten Südkoreas in vielerlei Hinsicht: Erstens, weil sich das Land vom Nehmer- zum Geberland transformiert hat und bewusst damit wirbt, dank dieser Historie einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung des globalen Südens leisten zu können. Zweitens, weil kaum ein anderes Land die Potenziale digitaler Technologien so sehr für die eigene wirtschaftliche Entwicklung genutzt und so konsequent eine digitale Transformation vollzogen hat. Seit 2010 steht das Land zum Beispiel an der Spitze des E-Government-Development-Index der Vereinten Nationen.⁴¹

(1) Institutionelle Verankerung und Umsetzung

Die Relevanz, die die Digitalisierung in der südkoreanischen EZ besitzt, zeigt sich auch budgetär: beispielsweise sind im Jahr 2012⁴² 23,6 Prozent des Projektbudgets von KOICA in Projekte aus dem Digitalbereich geflossen, um Partnerregierungen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Digitalstrategien zu unterstützen.

Nachdem Südkorea im letzten Jahrzehnt vor allem einen sektoralen Ansatz verfolgte und zahlreiche Digitalisierungsprojekte in den Partnerländern umsetzte, wird nach einer Strategieänderung im Jahr 2011 Digitales (IKT) auch als Querschnittsthema zur Verbesserung anderer Programme etwa in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Governance erachtet.⁴³

Südkoreas EZ verfolgt von Beginn an eine enge Zusammenarbeit mit nationalen, und dabei insbesondere staatlichen, Unternehmen. Nicht selten gewinnen diese daher direkt im Kontext der EZ-Aktivitäten umfangreiche Ausschreibungen für Infrastrukturprojekte in den Partnerländern.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

(2) Integration digitaler Technologien in interne und externe Prozesse

Inwiefern die internen Prozesse der EZ-Organisationen durch digitale Technologien gestützt werden, ist der Autorin nicht bekannt. Da Südkorea aber beispielweise in anderen Feldern der auswärtigen Politik die Potenziale der Digitalisierung – sogenannte Digital Diplomacy – intensiv ausschöpft, ist davon auszugehen, dass auch für die EZ ähnliche Dienste genutzt werden (beispielsweise können südkoreanische Bürger aktuelle Informationen zur Situation in anderen Ländern jederzeit über soziale Medien abrufen).

Im Frühjahr 2015 kündigte die koreanische Regierung an, dass sich KOICA und die Exombank im laufenden Jahr dem IATI-Standard anschließen werden.⁴⁴ Aktuell stellt sich die Vergabe von Entwicklungsgeldern vor allem aufgrund der Vielzahl der beteiligten Institutionen noch als intransparent dar.⁴⁵

Neben dem neuen Querschnittsansatz berät KOICA weiterhin Partnerregierungen beim Aufbau von IT-Sektoren, auch weil diese Expertise explizit angefragt wird.⁴⁶ Allerdings gibt es inzwischen eine stärkere Gewichtung auf regionalspezifische Programmansätze. Die Beratung der Partnerländer konzentriert sich auf: (a) Förderung von IKT-Personal durch die Stärkung digitaler Bildungsinfrastruktur, (b) Implementierung von E-Government-Strukturen und Aufbau von Digital-Sektoren und (c) Aufbau von digitalen Lösungsansätzen, zum Beispiel Telemedizin und EDV-Bibliotheken.

Die koreanische Regierung setzt auf den Wissenstransfer und die Übertragung des südkoreanischen Entwicklungsansatzes auf die EZ-Länder. Beispielsweise exportierte man die koreanischen E-Government-Implementierungsansätze nach Äthiopien. Ein Schwerpunkt liegt darüber hinaus auf dem Aufbau von Kompetenzen im Umgang mit digitalen Technologien innerhalb der Regierungen, dazu bietet Südkorea Trainingsseminare für Regierungsvertreter aus den Partnerländern an.

(3) Neue Ansätze, Themen und Partnerschaften

Themen: Thematisch richten sich die Vorhaben meistens auf Infrastruktur- und E-Government-Vorhaben aus, in einigen Fällen unterstützt die südkoreanische EZ auch den Aufbau von Innovationszentren.

Partnerschaften: Südkorea konzentriert sich wie erwähnt auf die Förderung von Public-private-Partnerships. An diesen sind teilweise auch andere Geber- oder multilaterale Organisationen beteiligt, so wird beispielsweise in Ghana ein Projekt zum IT-Training von Frauen in Kooperation mit Samsung und der GIZ durchgeführt.

Südkoreas Ansatz sei an zwei Beispielen exemplarisch aufgezeigt: 2013 verkündete die ru-

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

andische Regierung, bis 2017 in Zusammenarbeit mit KT Corporation, Südkoreas größtem Telekommunikationsanbieter, für 97 Prozent der ruandischen Bevölkerung den 4G-Standard zugänglich zu machen. Das Unternehmen wird 140 Millionen US-Dollar für diese Partnerschaft bereitstellen. Diese Vereinbarung wurde maßgeblich durch das vorangegangene Engagement von KOICA möglich. Denn die Behörde war in die Planung der 4G-Maßnahmen involviert und finanzierte zuvor mit 5,6 Millionen US-Dollar ein IKT-Innovationszentrum in Kigali. Ferner richtete sie zusammen mit UNICEF den SMS-basierten Dienst „RapidSMS“ zum Schutz von Neugeborenen ein.⁴⁷

Bereits 2007 unterstützte die südkoreanische EZ mehrere Initiativen in Bangladesch, so zum Beispiel den Aufbau von IKT-Bildungszentren. Die koreanische Firma LS Cable&System war mit der Verlaufskontrolle betraut und erhielt dann 2012 den Zuschlag für einen Vertrag über 36 Millionen US-Dollar durch das Bildungsministerium in Bangladesch, um weitere IKT-Trainingscenter aufzubauen.⁴⁸

Oft erfolgen Kooperationen mit Unternehmen zunächst über Corporate-Volunteering- oder Corporate-Responsibility-Maßnahmen, zum Beispiel werden Samsung-Mitarbeiter als Lehrer in IT-Trainingskurse eingebunden.

(4) Beurteilung

Die hohe Nachfrage durch die Partnerländer zeigt, dass Südkoreas besondere Expertise für viele Partnerländer potenziell gewinnbringend ist. Dabei ist positiv zu bewerten, dass ein Schwerpunkt auf dem Aufbau von entsprechenden Kompetenzen in den Partnerländern gelegt wird. Tendenziell ist auch die Umsetzung von Public-private-Partnership-Initiativen hervorzuheben.

Gleichzeitig durchzieht die südkoreanische Herangehensweise ein Technikoptimismus (der sicherlich auf die Geschichte des eigenen Landes zurückzuführen ist) und ein starker Top-down-Ansatz, der südkoreanische Technologien und Prozesse zu oktroyieren versucht, ohne lokale Anpassungen vorzunehmen oder Partnerländer dazu zu befähigen, unabhängige Systeme und Sektoren aufzubauen. Damit einher geht eine unscharfe Trennung zwischen wirtschaftlichen (Einbindung von südkoreanischen Unternehmen) und entwicklungspolitischen Zielen, die langfristig negative Folgen für die Partnerländer haben kann.

POLICY BRIEF

**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:
IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

4.7 Auf einen Blick: die Geberländer im Umgang mit dem digitalen Wandel

	USA United States Agency for International Development (USAID) ODA-Volumen (in US-Dollar im Jahr 2013, vorläufiger Wert): 31,5 Mrd. Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE): 0,19 Prozent	GROSSBRITANNIEN Department for International Development (DFID) ODA-Volumen 17,9 Mrd. Anteil am BNE: 0,73 Prozent	SCHWEDEN Swedish International Development Cooperation Agency (SIDA), dem Außenministerium unterstellt ODA-Volumen: 5,8 Mrd. Anteil am BNE: 1,2 Prozent
Verständnis des digitalen Wandels	Paradigmenwechsel hin zu einem "EZ Enterprise" mit dem Argument der Kostenersparnis und besseren Skalierung	Institutioneller Paradigmenwechsel hin zu einem neuen Selbstverständnis als offene, transparentere und agilere Organisation	Wesentliche Methode zur Erreichung der EZ-Ziele und Verbesserung der Programme in den Partnerländern
Nationale Verankerung	<ul style="list-style-type: none"> 2012 Erlass der nationalen Digitalstrategie durch Präsident B. Obama; Umsetzung durch U.S. Digital Service; (u.a. Open-Data-by-Default-Strategie). Daten werden auf www.data.gov/ veröffentlicht. USA sind Mitglied der <u>Open Government Partnership</u>. 	<ul style="list-style-type: none"> Digitalstrategie 2011 –2015, Umsetzung durch Government Digital Service (Fokus auf Open Data und Digital by Default; auf Basis der nutzerzentrierten <u>UK Design Principles</u>) GB ist Mitglied der <u>Open Government Partnership</u>. 	<ul style="list-style-type: none"> 2011 Digitalstrategie erlassen durch das schwedische Ministerium für Information, Technology and Energy. 2012 Gründung der Plattform Digitalisierungskommissionen (http://digitalasverige.se) als zentrale Umsetzungseinheit Schweden ist Mitglied der <u>Open Government Partnership</u>.
Interne Verankerung und Umsetzung	<ul style="list-style-type: none"> Lange Erfahrung im ICT4D-Bereich Reformagenda „USAID Forward“ für (1) einen evidenzbasierten und strategischeren EZ-Ansatz, (2) neue Partnerschaften mit der Privatwirtschaft, (3) Investition in Forschung und Wissenschaft sowie in den Einsatz neuer Technologien, insbesondere mobiler Lösungen; Konzept des „Development Enterprise“ Seit April 2014 Neupositionierung durch Aufbau des Global Development Lab als neue Abteilung bei USAID, geleitet durch ehemalige Google-Managerin Orientierung an Startup-Ansatz; Einsatz digitaler Technologien als Querschnittsthema; Motto: <i>„Building on the belief that science, technology, innovation and partnership can accelerate development impact faster, cheaper, and more sustainably.“</i> 	<ul style="list-style-type: none"> Ausführliche und sehr transparente <u>Digitalstrategie</u> mit Fokus auf Digitalisierung der internen Prozesse; anpassbarer, offener Strategieansatz Unterstützung durch Government Digital Service Thema ist auf Führungsebene durch Schirmherrschaft im Management verankert. Fortlaufende Beratung durch ein externes Expertenteam Starker Fokus auf Mitarbeiter, bspw. Ermutigung zur Twitter-Nutzung Digital Team – zentrale Anlaufstelle, angebunden an die Kommunikationsabteilung, deswegen starke kommunikative Dimension 	<ul style="list-style-type: none"> Zentrale Aspekte der EZ-Strategie: Förderung von Forschung, unternehmerischen Ansätzen und Innovationen sowie flexibleren und agileren Prozessen. Digitales als wesentlicher Baustein in der schwedischen EZ Pionier und Verfechter eines ICT4D-Mainstreaming-Ansatzes. 2002 Aufbau eines ICT4D-Sekretariats, dies scheiterte (u.a. wegen fehlender Anbindung an Zentrale), mit Arabischem Frühling neues Interesse durch Außenministerium Heute: 7 Mitarbeiter im Digital-Portfolio in SIDA-Zentrale; 4,5 in Außenstruktur. Einige schwedische Botschaften haben Thema in Portfolios aufgenommen. Thematische Nähe zum Außenministerium „Swedish Program for ICT in Developing Regions“ (SPIDER) als akademische Anlaufstelle für SIDA-Mitarbeiter, Evaluierung und Implementierung von IKT; Capacity Building für SIDA-Mitarbeiter und Partnerländer
Integration digitaler Technologien in interne und externe Prozesse	<ul style="list-style-type: none"> Digitalisierung der internen Arbeitsprozesse, IKT aus Kostengründen; hohe Investitionen in Modernisierung der eigenen IT-Infrastruktur Über Cluster „Digital Development“ (Unterabteilung der Global Development Lab) Beratung von USAID-Mitarbeitern und Integration von digitalen Technologien in Programme (z.B. Digital Finance by Default) Open-by-Default-Ansatz gilt auch für die EZ; Daten sind zugänglich im Standard der <u>International Aid Transparency Initiative (IATI)</u> auf www.data.gov und auf www.usaid.gov/developer; USAID unterstützt <u>Open Aid Partnership</u> 	<ul style="list-style-type: none"> Im Zentrum steht aufgrund der Entstehungsgeschichte die Digitalisierung der Prozesse (E-Government) mit dem Ziel, diese (1) zu öffnen, (2) zu vereinfachen und (3) zu verbessern; Orientierung an zehn <u>UK-Design-Prinzipien</u> sowie an den <u>UNICEF Innovation Principles</u>. Digital-by-Default-Ansatz Offene Formate, eigene Open-Data-Plattform <u>Development Tracker</u> auf Basis von IATI Um zugänglicher für Stakeholder und nationale Regierung zu sein: <u>Funding Finder</u> sowie intensive Nutzung von Social Media für Kampagnen. 	<ul style="list-style-type: none"> Digitale Technologien als Methode, um Projekte zu verbessern und Innovationen voranzutreiben. Zwischen 2013 und 2014 förderte SIDA etwa 320 Initiativen mit mindestens einer digitalen Komponente. Unterstützung der <u>Principles for Digital Development</u> Starker Fokus auf Capacity Building in den Partnerländern Transparenz und Offenheit als Querschnittsthema; eigene Open-Data-Plattform auf Basis von IATI: www.openaid.se
Neue Ansätze (a), Themen (b) und Partnerschaften (c)	<p>(a) Adaption von Silicon-Valley-Ansätzen (Inkubieren, Skalieren; Trial and Error) für interne und externe Innovationen, z.B. <u>Development Innovation Ventures</u> und <u>Global Innovation Fund</u></p> <p>(b) Neues Thema Big Data und Open Data; vor allem über Forschungsprojekte „Data & Analytics for Development“</p> <p>(c) Forcierte Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und anderen Gebern z.B. über <u>Grand Challenges</u>, <u>PACE Initiative</u>, die Alliance for Affordable Internet oder Mobile Hub (tba)</p>	<p>(a) Förderung von Innovationen z.B. durch Global Innovation Fund, All Voices Count, Mobile Hub (tba)</p> <p>(b) Zukünftig soll das Thema Big Data und Data Innovation verstärkt verfolgt werden; u.a. auch Unterstützung der UN-Initiative „<u>Data Revolution</u>“</p>	<p>a) Förderung von Innovationen über thematische „<u>Challenge Funds</u>“, Global Innovation Fund, All Voices Count, Mobile Hub (tba), InfoDev, Forschungsstipendien über SPIDER</p> <p>b) Wegen Anbindung ans Außenministerium Engagement in multilaterale Internet-Governance-Aktivitäten (z.B. Internet Governance Forum); Fokus auf Meinungsfreiheit im Internet und Demokratieförderung. Unterstützung von NGOs im Feld Digitale Menschenrechte (z.B. Tactical Technology Collective und Humanist Institute for Cooperation – HIVOS)</p> <p>c) Grand-Challenges-Programm mit USAID; Projekte mit schwedischen Unternehmen, z.B. Ericsson</p>
Best Practice	<ul style="list-style-type: none"> Kooperationen mit Unternehmen eingehen Innovationen fördern 	<ul style="list-style-type: none"> Mitarbeiter einbinden Kommunikation Transparenz Digitalisierung interner Prozesse 	<ul style="list-style-type: none"> Pionierthemen besetzen Digitale Technologien in Programme integrieren Kapazitäten in Partnerländern aufbauen Forschung

POLICY BRIEF

**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:
IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

	NIEDERLANDE MFA (Außenministerium), Directorate-General for International Cooperation (DGIS), Partner-NGOs ODA-Volumen: 5,4 Mrd. Anteil am BNE: 0,67 Prozent	KANADA Außenministerium (DFATD) und ausgegründetes International Development Research Center (IDRC) ODA-Volumen: 4,9 Mrd. Anteil am BNE: 0,27 Prozent	SÜDKOREA Außenministerium (MOFAT) und Durchführungsorganisation Korea International Cooperation Agency (KOICA) ODA-Volumen: 1,3 Mrd. Anteil am BNE: 0,13 Prozent
Verständnis des digitalen Wandels	Instrument zur Verbesserung der Programme. Für NGOs wie HIVOS als – sowohl positiver als auch negativer – Paradigmenwechsel	DFATD eher als Methode, IDRC jedoch als grundlegender Wandel hin zu einem offenen Entwicklungsansatz	Sektor und Querschnittsthema sowie als Alleinstellungsmerkmal vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen
Nationale Verankerung	<ul style="list-style-type: none"> Führend im Bereich E-Government, Platz eins des E-Participation-Indexes der UN. Bis Frühjahr 2015 soll Open-Government-Strategie umgesetzt werden, neues Portal soll aktuelle Plattform https://data.overheid.nl/ ersetzen. Niederlande sind Mitglied der <u>Open Government Partnership</u>. 	<ul style="list-style-type: none"> Schon 2010 Open Government-Initiative angestoßen. Portal www.open.canada.ca. Kanada ist Mitglied der <u>Open Government Partnership</u> und unterstützt <u>Open Aid Partnership</u> 	<ul style="list-style-type: none"> Südkorea klarer Vorreiter, kaum ein Land nutzt die Potentiale digitaler Technologie so erfolgreich für die eigenen Entwicklung. Platz eins des E-Government-Indexes der UN (seit 2010), auch EZ-Ausrichtung auf diese Kernkompetenz. Südkorea ist Mitglied der <u>Open Government Partnership</u>.
Interne Verankerung und Umsetzung	<ul style="list-style-type: none"> In klassischen EZ-Aktivitäten keine strategische Verankerung; aber Gründung des International Institute for Communication and Development (IICD), bereits 1996 Interesse signalisiert Niederländische NGOs sehr relevant für EZ, viele agieren seit vielen Jahren im Feld Digitale EZ, z.B. Konsortium von NGOs in <u>Connect4Change</u> z.B. IICD fördert soziale Innovationen in den Partnerländern durch den Einsatz digitaler Technologien. Humanistisch Instituut voor Ontwikkelingssamenwerking (HIVOS), Fokus auf politische Themen wie Transparenz, Digitaler Aktivismus und Digitale Menschenrechte; Digitale Technologien als Querschnittsthema 	<ul style="list-style-type: none"> Auflösung des EZ-Ministeriums (CIDA), Integration in Struktur des Außenministeriums CIDA war, wie SIDA, Verfechter eines Mainstreaming-Ansatzes, u.a. eingefordert über das 1970 ausgegründete IDRC Bei DFATD bislang kein strategischer Ansatz erkennbar IDRC setzt sich weiterhin progressiv mit neuen und alten Themen einer digitalen Welt auseinander. Starker Forschungsfokus durch Präsenz von IDRC; Research Capacity Building in Partnerländern, Pioniere in Open Software / Data / Development, verstärkter Blick auf Digital Rights 	<ul style="list-style-type: none"> Übertragung des südkoreanischen Entwicklungsansatzes in EZ-Ländern, z.B. E-Government-Implementierungsansätze in Äthiopien 23,6 Prozent des Projektbudgets von KOICA flossen 2012 in Projekte im Digitalbereich. Enge Zusammenarbeit mit südkoreanischen, insbesondere staatlichen, Unternehmen Seit Strategieänderung im Jahr 2011 neben sektoralem Ansatz auch Querschnittsansatz von digitalen Technologien zur Verbesserung anderer Programme in Gesundheit, Bildung und Governance erachtet
Integration digitaler Technologien in interne und externe Prozesse	<ul style="list-style-type: none"> Digitale Technologie als Instrument, um besser mit den Herausforderungen der dezentralen Struktur der niederländischen EZ bzw. der auswärtigen Politik umzugehen. Einzelne Digitalisierungsmaßnahmen, z.B. papierloses Arbeiten für alle Partnerorganisationen bis 2016 MFA ist seit 2011 IATI-Mitglied. Niederländische Regierung unterstützt <u>Open Aid Partnership</u>. Das DGIS ist derzeit im Begriff, EZ-relevante Daten über den IATI-Standard zu veröffentlichen. 	<ul style="list-style-type: none"> Unklar, inwieweit DFATD digitale Technologien für interne Prozesse nutzt. CIDA für Offenlegung aller internen Daten zeitgleich mit dem Open-Government-Erlass der Regierung. Kanadier – insbesondere IDRC – sind nach wie vor Vorreiter eines offenen Entwicklungsansatzes (z.B. offene Software, offene Daten, offene Innovationen) IDRC etablierte sich mit seinem Science-and-Innovation-Portfolio als führende Forschungsinstitution und Agenda Setter im digitalen Wandel. Innerhalb anderer Portfolios wird die Auseinandersetzung mit digitalen Technologien zum Hauptthema gemacht. 	<ul style="list-style-type: none"> Unklar, inwiefern interne Prozesse der EZ-Organisationen digitalisiert sind, da in anderen Feldern der Außenpolitik Potenziale der Digitalisierung genutzt werden, ist davon auszugehen. Ab Frühjahr 2015 Offenlegung der EZ-Daten im IATI-Standard geplant. Neben Querschnittsansatz erfolgt Beratung der Partnerregierungen bei Aufbau von IT-Sektoren, (a) Förderung von IKT-Personal durch die Stärkung digitaler Bildungsinfrastruktur und Trainingskurse, (b) Implementierung von E-Government-Stukturen, (c) Aufbau von digitalen Lösungsansätzen, z.B. Telemedizin Integration in klassische EZ-Projekte, z.B. SMS-basierter Dienst „RapidSMS“ (mit UNICEF)
Neue Ansätze (a), Themen (b) und Partnerschaften (c)	<p>(a) MFA stellt 10 Mio. EUR für Innovationen im humanitären Bereich bereit – für neue Ansätze und Förderung von datenbasierten Innovationen; IICD und HIVOS verfolgen unternehmerische Innovationsansätze; unter Verwendung offener Software und Daten und in Partnerschaften mit Innovationszentren und Startup-Szene in Partnerländern. HIVOS ist Mit-Koordinator von Making All Voices Count und der <u>Open Government Partnership</u>.</p> <p>(b) MFA aktiv an Schnittstelle Menschenrechte und Digitales; mehrere thematische Fördertöpfe für NGOs im Bereich Digitale Menschenrechte, z.B. Dialogue-and-Dissent-Programm oder „Human Rights Fund“. Niederlande sind Initiator der Freedom Online Coalition.</p>	<p>(b) Neben Open Development (EZ als offener Netzwerkansatz) beschäftigt sich IDRC im Rahmen des Programmes „Information and Networks“ mit potentiell negativen Auswirkungen des digitalen Wandels (insb. Privatheit, Urheberrecht und Zensur).</p> <p>(c) Förderung von IKT-Kompetenzen über die Organisation Digital Opportunity Trust gemeinsam mit privatwirtschaftlichen Partnern (z.B. CISCO und IBM); Unterstützung InfoDev; und ruft Grand Challenges aus (aktuell sechs Programme im Gesundheitsbereich) IDRC forciert Aufbau von Partnerschaften und Kapazitäten in der Partnerländern, z.B. RIA – Research ICT Africa und die Unterstützung der Forschungsplattform Safeguard-Project</p>	<p>(b) Starker Fokus auf E-Government und auf Weitergabe eigener Erfahrung an Partnerregierungen, Aufbau von Innovationszentren</p> <p>(c) Förderung von Public-private-Partnerships, z.B. in Ruanda: Zunächst Engagement von KOICA (z.B. Finanzierung IKT-Innovationszentrum in Kigali). Seit 2013 Zusammenarbeit zwischen ruandischer Regierung und KT Corporation, Südkoreas größtem Telekommunikationsanbieter, um 4G-Standard zugänglich zu machen. Oft erfolgen Kooperationen mit Unternehmen zunächst über Corporate-Volunteering- oder -Responsibility-Maßnahmen, z.B. werden Samsung-Mitarbeiter als Lehrer in IT-Trainingskurse eingebunden.</p>
Best Practice	<ul style="list-style-type: none"> ➢ Pionierthemen besetzen ➢ Innovationen fördern 	<ul style="list-style-type: none"> ➢ Pionierthemen besetzen ➢ Kapazitäten in Partnerländern aufbauen ➢ Forschung 	<ul style="list-style-type: none"> ➢ Kapazitäten in Partnerländern aufbauen ➢ Kooperationen mit Unternehmen eingehen

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

5. FAZIT: WAS DEUTSCHLAND LERNEN KANN

Die Länderbeispiele zeigen, dass es verschiedene Modelle gibt, wie entwicklungspolitische Akteure den digitalen Wandel strategisch in ihre Arbeit integrieren. Je nach Ausgestaltung des jeweiligen Regierungssystems und Schwerpunkten können höchst unterschiedliche Kombinationen von Strukturen, Prozessen und Programmen erfolgreich sein. So zeichnet sich beispielsweise eine unterschiedliche Gewichtung der internen (zum Beispiel Großbritannien) oder externen Prozesse (zum Beispiel Niederlande durch zivilgesellschaftliche Akteure, Schweden durch SIDA und die Botschaften, Südkorea durch Unternehmen) ab. Auch sprachlich manifestiert sich durch unterschiedliche Begriffe wie Digital Development (USA), ICT4D (Schweden), Open Development (Kanada) oder Digitalstrategie (DFID) ein unterschiedliches Verständnis: Je nach Land wird der digitale Wandel als Querschnittsthema, als kommunikatives Instrument oder als methodischer Ansatz interpretiert. Generell geht die Begrifflichkeit vom ICT4D-Begriff weg und hin zu Digital Development, was etwa als „digitale Entwicklungspolitik“ übersetzt werden kann.

Sicherlich ist keines der untersuchten Länderbeispiele eins zu eins auf Deutschland übertragbar. Gleichwohl gibt es aber interessante Elemente, deren Anwendung auch für Deutschland grundsätzlich sinnvoll erscheint.

5.1 Institutionelle Verankerung und Umsetzung

Umfangreiche Digitalisierungsstrategien (zum Beispiel E-Government und Offenlegung von Regierungsdaten) auf nationaler Ebene scheinen ein positiver Indikator für den proaktiven Umgang von Geberorganisationen mit dem digitalen Wandel zu sein. In den sechs Beispiel-ländern wurden bereits zwischen 2009 und 2012 umfangreiche Reformen zur Digitalisierung von Regierungsprozessen angestoßen, und alle genannten Länder sind Mitglieder der Open Data Partnership. Vor diesem Hintergrund könnte die Tatsache, dass die deutsche Bundesregierung erst im letzten Jahr eine digitale Agenda formuliert hat, eine Erklärung für das bisher eher reaktive Vorgehen der hiesigen EZ-Akteure sein.

An den Beitrag des BMZ zur besagten digitalen Agenda der Bundesregierung gilt es nun anzuknüpfen. Die Erfahrungen der USA, Schwedens oder Großbritanniens zeigen, dass eine Unterstützung auf Bundesebene den Umsetzungsprozess für Regierungsbehörden erleichtert. Da in Deutschland jedoch derzeit kein zentrales Verfahren (wie etwa der GDS in Großbritannien) geplant ist, könnte sich das BMZ zumindest aktiv in Abstimmungsprozesse zur digitalen Agenda einbringen (beispielsweise über die Staatssekretärsrunde) sowie den Austausch mit denjenigen Regierungsbehörden suchen, die mit der Reorganisation bereits weiter vorangekommen sind beziehungsweise einzelne Maßnahmen wie etwa den Aufbau einer Datenbank erfolgreich umgesetzt haben.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

Der digitale Wandel ist nicht einfach nur ein neues Programm oder Projekt, das es innerhalb bestehender Strukturen zu integrieren gilt, sondern ein neue Denkweise. Dieser Wandel wurde vor allem in Schweden, Großbritannien, den USA und Kanada erkannt, denn es wurden klare Verantwortungen, Finanzierung und strukturelle Unterstützung installiert. Wie das erste Scheitern des Mainstreaming-Sekretariats bei SIDA nahelegt, muss eine Digitalstrategie als klares Führungsthema (zum Beispiel über eine Schirmherrschaft bei DFID, USAID) anerkannt sein. Dabei sollte auch bedacht werden, verschiedene bestehende und neu entstehende Elemente zusammenzuführen, um mehr Effizienz und Wirkung zu erzielen. Die derzeit beim BMZ geplanten Maßnahmen zur Digitalisierung Afrikas oder die Einbindung deutscher Wirtschaftspartner etwa müssen einer gemeinsamen Ausrichtung und einer übergeordneten Vision folgen, insbesondere dann, wenn die gleichen Referate an der Umsetzung beteiligt sind.

Für eine sinnvolle institutionelle Verankerung lassen sich aus den Beispielen zwei Modelle ableiten: Entweder es wird eine eigene Einheit aufgebaut, die sich dem digitalen Wandel widmet (Beispiel USA), oder es werden qualifizierte Mitarbeiter innerhalb der bestehenden Struktur als Team damit betraut (Beispiele Schweden, Großbritannien) und dienen anderen Mitarbeitern als Ansprechpartner. In jedem Fall sollte aber sichergestellt werden, dass es eine zentrale Anlaufstelle beziehungsweise identifizierbare Ansprechpartner gibt, die für die institutionelle Umsetzung verantwortlich sind. Sowohl technische als auch inhaltliche Kompetenzen sollten dabei bedacht werden. Eine Strategie muss gleichzeitig für alle in der Organisation (Zentrale und Außenstruktur) sichtbar sein (siehe Kommunikation von DFID oder USAID und Scheitern des ICT4D-Sekretariats bei SIDA) und braucht die verbindliche Unterstützung durch die Führungsebene. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Aktivitäten sich in bestehende Strukturen und Programme einfügen und mit diesen nicht konkurrieren (mögliche Gefahr bei USAID). Der dezentrale Ansatz der Schweden, die neben Experten in der Zentrale auch Fachberater in einzelnen Partnerregionen zur Verfügung stellen, scheint besonders gelungen, um sowohl in der Außenstruktur die Implementierung voranzubringen als auch über den Austausch zwischen den Fachleuten Erfahrungen aus der Außenstruktur in die Zentrale zurückfließen zu lassen. Für die deutsche EZ mit ihrer starken Außenpräsenz durch die GIZ könnte dies ein übertragbares Modell sein.

Der sinnvolle und sichere Einsatz digitaler Technologien kann nur gelingen, wenn Mitarbeiter entsprechend geschult werden. Neben der vordefinierten Anlaufstelle (siehe das Digital Team von DFID, die ICT4D-Experten von SIDA und das Digital Development Team von USAID) braucht es insofern Investition in grundlegendes internes Capacity Building für einen sicheren Umgang mit dem digitalen Wandel (siehe das Quiz von DFID als eine mögliche Maßnahme). Klare Beratungs- und Unterstützungsstrukturen durch externe Experten (siehe DFID, Großbritannien), NGOs (siehe IICD, Niederlande) oder Forschungseinrichtun-

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

gen (siehe IDRC, Kanada, und SPIDER, Schweden) sind ebenfalls Erfolgsfaktoren, da sie für die Beschäftigung mit einem sich schnell wandelnden Feld wie der Digitalisierung eine flexiblere strukturelle Unterstützung bieten können.

5.2 Integration digitaler Technologien in interne und externe Prozesse

Um als glaubhafter Ansprechpartner den Dialog mit den Partnerländern fortzusetzen, muss in der eigenen Organisation digitale Fortschrittlichkeit bewiesen werden, wie die Beispiele SIDA und KOICA belegen, die inzwischen aktiv von den Partnerländern konsultiert werden. Die deutsche EZ sollte deswegen verstärkt E-Government-Ansätze vorantreiben. Dafür muss das Rad nicht neu erfunden werden, gerade die Strategie von DFID lässt sich in vielerlei Hinsicht übertragen. Nicht zuletzt kann dies auch einen organisatorischen und kulturellen Wandel begünstigen, da sich Mitarbeiter über ihre eigene Arbeit mit digitalen Entwicklungen auseinandersetzen und den unmittelbaren Mehrwert sowie die Einschränkungen besser erkennen können.

Digitalisierung interner Prozesse: Interne Prozesse sollten kontinuierlich digitalisiert werden (Digital by Default, papierloses Büro, Dokumentenformate mit frei zugänglichem Quellcode) und für Mitarbeiter transparent online zugänglich sein. Nutzerfreundliche Intranet-Tools wie interne Blogs können zur Vernetzung und zu verbessertem Wissensaustausch beitragen und es erleichtern, von Erfahrungen aus der Außenstruktur zu lernen.

Digitalisierung von Dienstleistungen und Prozessen nach außen: Prozesse mit Schnittstellen nach außen müssen digitalisiert werden, um neues Verständnis als Netzwerk durch Offenheit und Transparenz (Open by Default, für eine Plattform könnten die Quellcodes von SIDA und DFID genutzt werden, stärkere Nutzung des IATI-Standards) zu leben sowie Effizienz und Zugang (digitales Vertragswesen, proaktive und unkomplizierte Social-Media-Nutzung durch interessierte Mitarbeiter, Suchmaske Funding Finder von DFID) zu fördern.

Digitalisierung innerhalb von Projekten und Programmen: Mit jedem neuen Projekt sollte geprüft werden, ob durch die Integration von digitalen Technologien das Projektziel besser erreicht werden kann (zum Beispiel durch Digital-by-Default-Standards oder Digital Finance by Default).

Für einen bedarfsorientierten Einsatz digitaler Technologien können bereits existierende Leitlinien genutzt werden, etwa die von DFID genutzten UNICEF Innovation Principles [→] oder die darauf aufbauenden Principles for Digital Development. Allerdings fehlen bislang Ansätze, die auch die Sicherheit der Nutzer systematisch in ihre Programme integrieren. Eine Lücke, die beispielweise mit Unterstützung der deutschen EZ geschlossen werden könnte. Denkbar wären Datenschutz- oder Internetsicherheit-by-Default-Ansätze.⁴⁹

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

5.3 Neue Ansätze, Themen und Partnerschaften

Raum für Innovationen: Generell zeichnet sich unter Geberorganisationen der Trend ab, sich an Innovationsansätzen aus der Startup-Ökonomie zu orientieren. Unter der Prämisse, effizientere und kostengünstige Lösungen zu entwickeln, werden Ansätze, Projekte und Produkte entwickelt, ausprobiert, verworfen oder bei Erfolg skaliert. Um solche Ansätze zu fördern, bedarf es innovativer Finanzierungsmechanismen. Gemeinsam mit anderen Gebern könnte sich die deutsche EZ einem umfangreichen Förderprogramm anschließen, zum Beispiel dem Global Innovation Fund [→], oder kleinere eigene Fördertöpfe aufbauen, ähnlich dem schwedischen, thematisch orientierten „Challenge Fund“. Ebenso bietet sich der Aufbau interner Innovationsfonds (siehe USAID) an.

Da gerade kleinere, zivilgesellschaftliche Organisationen aufgrund ihrer flexiblen Strukturen neue Themen erschließen können (siehe HIVOS), könnten auch thematische Rahmenprogramme wie in den Niederlanden eine Möglichkeit bieten, um Innovationen aufzuspüren und zu fördern. Allerdings sollte dabei erwogen werden, verstärkt zivilgesellschaftliche Organisationen in den Partnerländern (nicht nur in Europa) zu fördern.

Allianzen und Standards: Im Feld Digitale EZ entstehen insbesondere zwischen SIDA, DFID und USAID zahlreiche Verbundprojekte wie die Initiative Making All Voices Count [→]. Teilweise fallen diese Partnerschaften, so etwa bei USAID und SIDA's Grand Challenges for Development Initiative [→], sehr umfangreich aus. Geber erarbeiten gemeinsam Prinzipien auf Basis von Projekterfahrungen (siehe Principles for Digital Development [→]). Neue Partnerschaften werden auch mit neuen Akteuren wie etwa der nationalen Privatwirtschaft eingegangen. Gerade Südkorea bindet seit langem erfolgreich die nationale Wirtschaft in EZ-Aktivitäten ein.

Die deutsche EZ sollte erwägen, sich sowohl der Nutzung von Standards als auch den Allianzen anzuschließen (beispielsweise der Alliance for Affordable Internet [→]) und deutsche Unternehmen, vom Startup bis zum etablierten Mittelständler (sogenannte Hidden Champions) gezielt in diese Partnerschaften einzubinden. Der Anspruch der deutschen EZ, einen Reverse-Learning-Ansatz zu verfolgen, scheint von anderen Gebern eher zweitrangig betrachtet zu werden. Die deutsche EZ könnte diesen Punkt in möglichen Kooperationen stärken und sich damit positionieren.

Aufkommende und unberücksichtigte Themen: Datenbasierte Innovationen gewinnen nicht zuletzt durch den UN-Aufruf zu einer „Data Revolution“ an Relevanz. Big-Data- und Open-Data-Projekte werden insbesondere von DFID und USAID verfolgt. Doch auch Schweden und die Niederlande zeigen gesteigertes Interesse daran, Daten zu nutzen, um EZ-Innovationen zu fördern oder die eigenen Programme zu verbessern. Erste Schritte der deutschen EZ auf diesem noch unbearbeiteten Feld könnten daher Projekterkundungen im Dialog mit

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

externen Experten und Akteuren anderer – erfahrener – Ministerien sein, um dann Pilotprojekte zu entwickeln.⁵⁰

Weitere, aus dem digitalen Wandel – insbesondere den datenbasierten Innovationen – resultierende, Themen wie die digitalen Menschenrechte finden auch allmählich Beachtung. Dabei engagieren sich eher kleinere und flexible Akteure mit einer gewissen Nähe zum jeweiligen nationalen auswärtigen Amt (siehe SIDA oder die Niederlande), indem sie NGOs in den entsprechenden Feldern fördern. Darüber hinaus werden diese Themen auch von kleineren externen Forschungseinheiten wie IDRC oder SPIDER aufgegriffen. Im Fokus steht allerdings bislang vor allem die Wahrung von Meinungsfreiheit, weniger der Schutz von Daten und Privatsphäre. Keiner der staatlichen Geber hat sich bislang dezidiert des letzteren Themas angenommen, zum Beispiel in Form von Beratung der Partnerregierungen, und es fehlt weiterhin an internationalen Standards und einer konsequenten Integration von Prinzipien zum verantwortungsvollen Umgang mit Daten in den eigenen EZ-Programmen.

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

- Den digitalen Wandel als Paradigmenwechsel für einen offenen, netzwerkartigen EZ-Ansatz erkennen.
- Den Wandel als klares Führungsthema identifizieren.
- Klare Governance-Struktur, Prozesse, finanzielle und personelle Ressourcen sowie Zeitplan definieren.
- Expertise von außen hinzuziehen, feste Ansprechpartner und Experten identifizieren.
- Strukturen schaffen, über die Mitarbeiter und Partner Beratung im Umgang mit dem digitalen Wandel anfordern können.
- In interne Kompetenzen und Kapazitäten investieren – Digital Literacy fördern.
- Prozesse einführen, die interne und externe Innovation erlauben, zum Beispiel durch Förderprogramme (Funds), über die geringe Fördersummen vergeben werden.
- Graduelle Umstellung auf digitale interne Prozesse, frei zugängliche Daten, und die Integration digitaler Technologien in Partnerprojekte.
- Existierende Standards nutzen und fehlende Standards fördern.
- Digitale Strategien als von Partnern, Experten und Mitarbeitern beeinflussbaren und transparenten Prozess, nicht als Endprodukt, verstehen.
- Replikationen vermeiden, Allianzen mit anderen Gebern bilden und Themen an Experten, zum Beispiel zivilgesellschaftliche Akteure, übertragen.
- Den Austausch mit anderen Geberländern suchen und den Erfahrungs- und Wissensaustausch institutionalisieren.
- Von Partnern vor Ort lernen und diese Erfahrungen in die Programmgestaltung einbeziehen.
- Absprache mit dem Außenministerium suchen. Kohärenz zwischen den Politikfeldern herstellen; digitale Menschenrechte, insbesondere Datensicherheit, als klares EZ-Feld erkennen und idealerweise thematisch besetzen (hier zum Beispiel auch BMWi zu Exportkontrolle von Überwachungstechnologie)
- Synergien mit anderen Ministerien wie zum Beispiel BMVI beim Thema Aufbau digitaler Infrastrukturen identifizieren und nutzen.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

Dies wäre sicherlich ein Feld, das die deutsche EZ unter dem Label „Made with Germany“ glaubhaft sowohl durch Beratung in den Partnerländern als auch durch Agenda-Setting bedienen und in den „Daten-Diskurs“ einbringen könnte. Hierfür sollte sie zu Kernthemen wie Datenschutz und -sicherheit oder Cyber Capacity eine klare Positionen erarbeiten.ⁱⁱⁱ

6. AUSBLICK

Der digitale Wandel stellt die Politik vor neue Herausforderungen. Doch er bietet gerade der Entwicklungszusammenarbeit auch zahlreiche Chancen. Zentrale Parameter wie Transparenz, freie Verfügbarkeit und Kooperation werden in einer digitalen Welt weiter an Relevanz gewinnen. Regierungsakteure müssen sich zunehmend von geschlossenen Organisationen in öffentlich zugängliche, lernende Netzwerke wandeln. Gerade die EZ könnte dadurch ihre außenpolitische Stellung stärken. Der progressive Umgang vieler Partnerländer mit dem digitalen Wandel bietet die Gelegenheit für einen Dialog und Erfahrungsaustausch auf Augenhöhe.

Die deutsche EZ sollte ihre bisherige Zurückhaltung gegenüber dem digitalen Wandel aufgeben und ihn viel mehr als Chance verstehen, neue Aktionsfelder zu identifizieren, in denen ein Vorstoß Deutschlands besonders gewinnbringend sein kann. Im Datenschutz beispielsweise, ein Feld, das in der EZ zunehmend an Relevanz gewinnen wird, kann sich die deutsche Bundesregierung als glaubhafter Ansprechpartner positionieren. Die Erfahrungen anderer Geberländer zu den Modellen und Erfolgsbedingungen können der deutschen EZ dabei sehr hilfreich sein (siehe Box).

Das vorliegende Arbeitspapier gibt dafür Anregungen. Welche der dargestellten Möglichkeiten für Deutschland die vielversprechendsten sind, bedarf einer eingehenden und unvoreingenommenen Diskussion mit und zwischen den relevanten Akteuren, die sich mit dem digitalen Wandel in der EZ bereits befassen. Der Beitrag des BMZ zur digitalen Agenda bietet dafür eine wichtige Grundlage. Nun gilt es, die dort aufgeführten Ansätze strategisch einzubetten und nachvollziehbare Ziele zu definieren. Dessen Umsetzung kann nur erfolgreich sein, wenn eine klare Governance-Struktur, finanzielle und personelle Ressourcen sowie ein Zeitplan bereitgestellt werden. Das Projekt „Europas Beitrag zu einem freien und offenen Internet“ der stiftung neue verantwortung wird in den nächsten Monaten weitere konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten. Diese werden sich darauf konzentrieren, die Lücke zwischen einer entwicklungspolitischen Agenda und der Internetpolitik zu schließen, um Positionen zu entwickeln und vielversprechende Themen zu identifizieren, welche von den deutschen entwicklungspolitischen Akteuren überzeugend bedient werden könnten.

ⁱⁱⁱ Unser Projekt „Europas Beitrag zu einem freien und offenen Internet“ möchte in diesem Prozess Unterstützung durch konkrete Handlungsempfehlungen geben.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL****ABKÜRZUNGEN**

BNE – Bruttonationaleinkommen

DAC – Development Assistance Committee, Organ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

DFID – Department for International Development, Großbritannien

DGIS – Directorate General for International Cooperation, Niederlande

EZ – Entwicklungszusammenarbeit

GDS - Government Digital Service, Großbritannien

HIVOS – Humanistisch Instituut voor Ontwikkelingssamenwerking (Humanistisches Institut für Entwicklungszusammenarbeit), Niederlande

IATI – International Aid Transparency Initiative

ICT4D – Information and Communication Technology for Development

IICD – International Institute for Communication and Development, Niederlande

IDRC – International Development Research Center, Kanada

IKT – Informations- und Kommunikationstechnologie

KOICA – Korea International Cooperation Agency, Korea

NGO – Nichtregierungsorganisation

ODA – Official Development Assistance, umfasst die Bereitstellung finanzieller (FZ), technischer (TZ) und personeller Leistungen (PZ) im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit nach der Definition des Development Assistance Committee (DAC)

SIDA – Swedish International Development Cooperation Agency, Schweden

USAID – United States Agency for International Development, USA

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

ENDNOTEN

1 <http://www.cicero.de/kapital/internetwissen-auf-dem-rueckzug-deutschland-ist-ein-digitales-entwicklungsland/58465>

2 Z. B. Jack, W.; Suri, T. (2011): Mobile Money: The Economics of M-Pesa. Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research; Morawczynski, O.; Pickens, M. (2009): Poor People Using Mobile Financial Services: Observations on Customer Usage and Impact from M-PESA. Washington, DC: World Bank. <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/9492>; Mbiti, I.; Weil, D. N. (2011): Mobile Banking: The Impact of M-Pesa in Kenya. Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research.

3 Es lassen sich zahlreiche weitere Beispiele für den Einfluss digitaler Technologien auf entwicklungspolitische Ziele finden; siehe zum Beispiel Aker, J.C.; Mbiti, I. (2010): Mobile Phones and Economic Development in Africa. In: Journal of Economic Perspectives, 24(3); 207–232; Weltbank-Report 2012. <http://siteresources.worldbank.org/EXTINFORMATIONANDCOMMUNICATIONANDTECHNOLOGIES/Resources/IC4D-2012-Report.pdf>.

4 Z. B. DiMaggio, P.; Hargittai, E. (2001): From the “Digital Divide” to “Digital Inequality”. Studying Internet Use as Penetration Increases,. Princeton, NJ: Princeton University.

5 Digitale Menschenrechte oder Digital Rights beziehen sich auf die Wahrung bestehender Menschenrechte, die in einer digitalen Welt neue und vermehrte Bedrohung erfahren können; insbesondere das Recht auf Meinungsstreit, Schutz der Privatheit und Versammlungsfreiheit.

6 <http://www.turkishweekly.net/news/180525/smart-id-cards-trigger-privacy-concerns-in-turkey.html>.

7 Siehe hier den vom BMZ vorgelegten Beitrag. http://www.digitale-agenda.de/Webs/DA/DE/Handlungsfelder/7_Dimension/7-5_Entwicklungszusammenarbeit/entwicklungszusammenarbeit_node.html.

8 Auch andere Geberländer erarbeiten derzeit strategische Ansätze für den Umgang mit dem digitalen Wandel, z. B. Dänemark, Norwegen, die Schweiz und Finnland.

9 Beispielsweise gibt es in einigen Ländern eigenständige Entwicklungsministerien (Großbritannien), in anderen sind die entwicklungspolitischen Aktivitäten an das Außenministerium angegliedert, die Arbeit in den Partnerländern kann über die Botschaften oder über eine Durchführungsorganisation umgesetzt werden.

10 Dieses Papier konzentriert sich zu Zwecken der Vergleichbarkeit auf die Aktivitäten bilateraler Entwicklungsakteure. Auf multilaterale Geber und große Stiftungen kann, obgleich ihrer Relevanz für die Verankerung des digitalen Wandels auf der entwicklungspolitischen Agenda, nicht näher eingegangen werden. Erwähnt seien an dieser Stelle die Weltbank, diverse UN-Organisationen (UNICEF, UNDP, ITU, UN Global Pulse, UNESCO) und große Stiftungen wie z. B. Omydiar Foundation, Bill-und-Melina-Gates-Stiftung, Rockefeller-Stiftung, Ford-Stiftung sowie die Open-Society-Stiftung.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

11 Keines der Länderbeispiele erhebt den Anspruch auf Vollständigkeit. Das Papier versucht vielmehr, die wesentlichen und/oder progressivsten Aktivitäten der genannten Organisationen dazustellen.

12 USAID. Digital Strategy. <http://www.usaid.gov/digitalstrategy>.

13 Laut dem Finanzplan veranschlagte man für das Lab im Jahr 2015 beispielsweise ein Budget von 146 Millionen US-Dollar (inklusive des Planungsbüros): USAID. Fiscal Year 2016 Congressional Budget Justification. <http://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/9276/FY16CBJ-StateFORP.pdf>.

14 <http://www.usaid.gov/who-we-are/organization/bureaus/us-global-development-lab>

15 <http://www.usaid.gov/usaidforward>.

16 USAID. Fiscal Year 2016 Congressional Budget Justification. <http://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/9276/FY16CBJStateFORP.pdf>.

17 DFID. Digital Strategy. <https://www.gov.uk/government/publications/department-for-international-development-digital-strategy-2012-to-2015>.

18 Das Quiz steht mit offenem Quellcode auf der Plattform GitHub für andere Organisationen zur Verfügung. https://github.com/DFID/digitalquiz_open.

19 <https://www.gov.uk/government/publications/department-for-international-development-digital-strategy-2012-to-2015/dfid-digital-strategy-annual-update-october-2014>.

20 <https://www.gov.uk/government/publications/dfids-plan-for-migrating-document-types-to-open-standards-format/dfids-plan-for-migrating-document-types-to-open-standards-format-4>.

21 <https://www.gov.uk/design-principles#tenth>

22 Ausgaben bei DFID über 500 Pfund: <https://www.gov.uk/government/collections/monthly-spend-over-500-in-the-department-for-international-development>.

23 <http://www.regeringen.se/content/1/c6/24/28/99/5718b7f6.pdf>, S. 44.

24 <http://www.regeringen.se/content/1/c6/24/28/99/5718b7f6.pdf>.

25 Eine umfangreiche Evaluation der Arbeit des schwedischen ICT4D-Sekretariats findet sich unter <http://www.oecd.org/derec/sweden/41445473.pdf>.

26 2013 gingen insgesamt 28 Prozent des Projektbudgets in die Themenfelder Demokratie, Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit.

27 Nicht immer war für die Autorin nachvollziehbar, inwieweit interne Prozesse bereits digitalisiert wurden, ohne dass dies in Strategiepapieren oder in Gesprächen explizit thematisiert wurde. Es ist nicht auszuschließen, dass digitale Prozesse im Regierungsgeschehen zum Standard gehören und damit keine gesonderte Erwähnung fanden (zum Beispiel in Südkorea läge dies nahe).

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

28 <http://www.oecd.org/dac/peer-reviews/49011988.pdf>.

29 <http://www.government.nl/news/2013/04/09/new-agenda-for-aid-trade-and-investment.html>.

30 <http://unpan3.un.org/egovkb/en-us/Reports/UN-E-Government-Survey-2014>.

31 <http://www.government.nl/documents-and-publications/letters/2013/04/05/global-dividends-a-new-agenda-for-aid-trade-and-investment.html>.

32 Im Rahmen von fünf Jahres-Frameworks (der sogenannte MFS II) bewerben sich diese auf Projekte und erhalten Fördersummen für eigene Projekte (etwa zwei Drittel) und um zivilgesellschaftliche Organisationen in den Partnerländern zu fördern beziehungsweise geberinitiierte Projekte umzusetzen (etwa ein Drittel). Sie fungieren also auch als Intermediäre. <http://www.oecd.org/dac/peer-reviews/49011988.pdf>.

33 Akvo, Cordaid, Edukans, ICCO, IICD und als Partner TTC (Text to Change).

34 Schlagwort „Modernising Dutch Diplomacy“. <http://www.clingendael.nl/sites/default/files/Report%20Modernising%20Dutch%20Diplomacy.pdf>.

35 <http://www.oecd.org/dac/peer-reviews/canadapeerreview2012.pdf>.

36 <https://www.ic.gc.ca/eic/site/O64.nsf/eng/O5531.html>.

37 http://www.idrc.ca/EN/Programs/Science_and_Innovation/Information_and_Networks/Pages/default.aspx

38 Elder, L.; Emden, H.; Fuchs, R.; Petrazzini, B. (Hrsgg.) (2013): Connecting ICTs to Development. The IDRC Experience. London: Anthem Press; 278.

39 http://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/field/field_document/20141021DarracqNeville.pdf.

40 Da sich Südkorea bislang nicht an humanitärer Hilfe, Schuldenerlassen und Flüchtlingsfinanzierung beteiligt, fließt ein Großteil (75 Prozent) der Gelder in Projekte. Nur zwei Prozent der Gelder gehen hingegen an zivilgesellschaftliche Organisationen.

41 <http://unpan3.un.org/egovkb/en-us/Reports/UN-E-Government-Survey-2014>.

42 Alle Angaben beruhen auf Jahresberichten von KOICA aus dem Jahr 2012. Leider war es der Autorin nicht möglich, persönliche Auskunft über die aktuellen Aktivitäten der Organisation zu erhalten.

43 http://www.koica.go.kr/upload/pr/annual/20anniversary_eng.pdf.

44 <http://english.yonhapnews.co.kr/national/2015/01/09/80/0301000000AEN20150109006000315F.html>.

45 KOICA Digital Strategy; 80. http://www.koica.go.kr/upload/pr/annual/2012_Annual_Report.pdf.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

46 Analysing South Korea's ICT for Development Aid Programme (2008) 35(2); 1–15. <http://www.ejisdc.org/ojs2/index.php/ejisdc/article/viewFile/496/252>.

47 http://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/field/field_document/20141021DarracqNeville.pdf.

48 http://m.lscns.com/info/info8_read.asp?idx=2890.

49 Es gibt bereits einige Initiativen, die an hilfreichen Checklisten arbeiten. Erste Orientierung bieten die Internetplattformen: <https://responsibledata.io>;

<http://www.gsma.com/publicpolicy/wp-content/uploads/2012/03/gsmaprivacyprinciples2012.pdf>;

<https://rankingdigitalrights.org/project-documents/phase-1-pilot-methodology>;

http://www.ssireview.org/blog/entry/a_new_donor_code_of_conduct.

50 <http://www.undatarevolution.org>.

51 Auch vor dem Hintergrund der Ergebnisse des aktuellen Strategieprozesses des Auswärtigen Amtes „Review 2014 Außenpolitik weiter denken“ http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/699336/publicationFile/202924/Review_Abschlussbericht.pdf.

POLICY BRIEF

**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:
IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGS-
POLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

Glossar zu Initiativen und Projekten an der Schnittstelle zwischen EZ und digitalem Wandel

Name der Initiative	Bereich	Beteiligte Akteure
<p>Alliance for Affordable Internet http://a4ai.org/ Die Alliance for Affordable Internet (A4AI) wurde im Jahr 2013 gegründet. Sie setzt sich dafür ein, Menschen weltweit einen kostengünstigen Internetzugang zu ermöglichen. Die Allianz wird von der World Web Foundation koordiniert. Unterstützer der Initiative sind zahlreiche transsektorale Akteure, darunter diverse Internet- und IT-Unternehmen wie Google und Intel. Die Allianz setzt sich für den Aufbau offener, wettbewerbsorientierter Breitband- und Telekommunikationssektoren ein, der durch unabhängige Institutionen reguliert wird. Besonderer Fokus liegt auf Internet- und Meinungsfreiheit.</p>	<p>Infrastruktur</p>	<p>DFID, USAID Google, Omidyar Network, Facebook, Cisco, Intel, Microsoft, UN Women und andere</p>
<p>Digital Defenders Partnership https://digitaldefenders.org Die Digital Defenders Partnership wurde 2012 auf Basis der Erfahrungen aus der Freedom Online Coalition aufgebaut. Sie stellt Mittel bereit und koordiniert die kurzfristige Unterstützung für besonders gefährdete Internetnutzer wie Blogger, Cyber-Aktivist*innen, Journalist*innen und Menschenrechtsschützer. Ziel der Initiative ist ein frei zugängliches und sicheres Internet, insbesondere in repressiven Regimen. Dafür stellt sie Gelder für Einzelpersonen und Organisationen bereit, investiert in Forschung und vernetzt Akteure.</p>	<p>digitale Menschenrechte</p>	<p>SIDA, HIVOS Niederlande, USA, Großbritannien, Estland, Litauen</p>
<p>Freedom Online Coalition https://www.freedomonlinecoalition.com Die Freedom Online Coalition ist eine Koalition aus 26 Regierungen, die sich für ein freies Internet einsetzen. Die Mitglieder koordinieren ihre diplomatischen Aktivitäten und binden zivilgesellschaftliche Akteure und die Privatwirtschaft ein, um Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie Privatheit weltweit mit dem Ziel zu stärken, international anerkannte Menschenrechte auch im Internet zu implementieren. Die Koalition wurde auf Initiative der niederländischen Regierung im Jahr 2011 gegründet. Das Auswärtige Amt in Deutschland bringt sich ebenfalls ein.</p>	<p>digitale Menschenrechte</p>	<p>diverse</p>
<p>Global Innovation Fund http://globalinnovation.fund Über den Fond Global Innovation Fund (GIF) können Sozialunternehmer, NGOs, Forscher und staatliche Stellen für ihre EZ-Innovationen Unterstützung in Form von Risikokapital erhalten. So werden Ideen – im Gegensatz zu vielen üblicherweise stark bürokratischen EZ-Förderinstrumenten – relativ unkompliziert, niedrigschwellig und sektorenübergreifend unterstützt. Der GIF fördert sowohl Pilotierungsphasen mit Anschubfinanzierung als auch Übergangs- und Skalierungsphasen. Auf der Homepage des GIF erhalten Innovatoren zudem praktische Anleitungen.</p>	<p>Innovationen und Unternehmertum</p>	<p>USAID, DFID, SIDA Omidyar Foundation, AusAID</p>
<p>Grand Challenges for Development Initiative http://grandchallenges.org Unter dem programmatischen Dach der Grand Challenges for Development Initiative schreiben die USAID, die kanadische Regierung und die Bill and Melinda Gates Foundation Programme aus, um gemeinsam mit anderen Akteuren Lösungen für besonders komplexe Herausforderungen der EZ zu entwickeln. Andere Organisationen, etwa das BMZ, die Niederlande oder DFID, schließen sich einzelnen thematischen Initiativen an. Kanada und USAID haben derzeit beispielsweise jeweils sechs Programme ausgeschrieben. Zentrale Annahme hinter der Initiative ist die Idee, dass große EZ-Herausforderungen durch Forschung und innovative Technologien wirkungsvoll bewältigt werden können.</p>	<p>Innovationen</p>	<p>USAID Kanada, Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung</p>
<p>IATI – International Aid Transparency Initiative http://www.aidtransparency.net Die Multi-Stakeholder-Initiative fördert eine koordinierte Offenlegung von EZ-Daten. Frei verfügbare Daten sollen es Partnerländern erleichtern, Zugang zu Informationen über EZ, Entwicklung und humanitäre Hilfe zu erhalten, um ihre Projekte besser planen zu können. Für Bürger der Geberländer soll die Mittelverwendung transparent und nachvollziehbar werden. Zentraler Eckpfeiler ist der IATI-Standard, der definiert, wie Daten veröffentlicht werden sollen. Mitglieder stellen ihre Daten in diesem Standard bereit und laden sie ins IATI-Register hoch, das als Online-Katalog alle Rohdaten in einem einheitlichen Format sammelt</p>	<p>Open Government, Transparenz</p>	<p>diverse</p>

POLICY BRIEF

**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:
IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGS-
POLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

Name der Initiative	Bereich	Beteiligte Akteure
<p>InfoDev http://www.infodev.org/mobile InfoDev, eine Ausgründung der Weltbank, die aus Mitteln unterschiedlicher Geberorganisationen (u.a. SIDA, früher auch GIZ) gespeist wird, engagiert sich für die Förderung von ICT-Startups und digitales Unternehmertum. Die sogenannten mLabs – mobile Labs und Hubs – sind über die ganze Welt verteilt und dienen als Inkubatoren für mobile und digitale Innovationen.</p>	<p>Innovation und Unternehmertum</p>	<p>SIDA, FORMIN, DFATD (Kanada) Weltbank</p>
<p>Making All Voices Count http://www.makingallvoicescount.org Making All Voices Count ist eine internationale Initiative, die sich für transparentes Regierungshandeln, für Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern und Bürgerengagement in 12 Ländern in Afrika und Asien einsetzt. Die Initiative vergibt und koordiniert finanzielle Mittel, um Transparenz, den Kampf gegen Korruption, Stärkung marginalisierter Gruppen und die Nutzung neuer Technologien als Instrument zur Zielerreichung zu fördern. Damit sollen Regierungen effektiver und verantwortungsbewusster gemacht werden. Die Initiative wird von HIVOS und Ushahidi koordiniert.</p>	<p>digitale Menschenrechte, Transparenz</p>	<p>USAID, DFID, SIDA Omidyar Foundation, Open Society Foundation</p>
<p>Mobile Hub (im Aufbau) Der Innovationsinkubator Mobile Hub befindet sich derzeit im Aufbau. Er soll die Lücke in der Koordination des Mobile-for-Development-(M4D)-Sektors (Dienste, die über – meist einfache – Mobiltelefone angeboten werden) schließen. Diese zunächst auf fünf Jahre angelegte Initiative bringt öffentliche und private Akteure aus den Bereichen Digitales und EZ zusammen, um in Afrika und Asien M4D-Dienste zu entwickeln und zu implementieren. Sie konzentriert sich auf jene Themen, die von anderen Akteuren nicht aufgegriffen werden können.</p>	<p>Innovationen</p>	<p>USAID, DFID, SIDA UN Foundation, Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung</p>
<p>Open Aid Partnership http://www.openaidmap.org Ziel der Open Aid Partnership ist es, Bürger in die Planung und Ausführung von Entwicklungsprojekten einzubinden und die Transparenz von öffentlichen Dienstleistungen zu erhöhen. Die Open Aid Partnership unterstützt Bürger und Akteure im Umgang mit Daten aus der EZ. Mit ihrer Unterstützung konnte die Weltbank beispielsweise diverse Data-Literacy-Projekte in Ländern des globalen Südens ermöglichen. Überdies arbeitet die Open Aid Partnership mit Regierungsvertretern zusammen, um das Prinzip Open Data in politische Prozesse zu integrieren.</p>	<p>Open Government, Transparenz</p>	<p>diverse</p>
<p>Open Government Partnership http://www.opengovpartnership.org Die Open Government Partnership (OGP) ist eine internationale Initiative, die im Bereich Open Government tätig ist. Sie wurde 2011 von der US-amerikanischen Regierung und der Regierung Brasiliens ins Leben gerufen. Derzeit zählt die OGP 65 Mitgliedsländer. Unterstützer der Initiative bekennen sich dazu, in ihren Ländern Aktionspläne für mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und Verwaltungsmodernisierung zu entwickeln und regelmäßig Revisionsprozesse durchzuführen. Deutschland hat sich der Initiative bislang nicht angeschlossen.</p>	<p>Open Government, Transparenz</p>	<p>diverse</p>
<p>Principles for Digital Development (basierend auf UNICEF Innovation Principles) http://ict4dprinciples.org Die Principles for Digital Development sind neun Leitlinien für den erfolgreichen Einsatz digitaler Technologien in EZ-Projekten. Sie bauen auf den Greentree Principles aus dem Jahr 2010 auf, die aus den Erfahrungen der Geberländer im ICT4D-Bereich hervorgegangen sind. Außerdem orientieren sich die Leitlinien an den UNICEF Innovation Principles und den UK Design Principles.</p>	<p>Standards / Richtlinien</p>	<p>diverse, u. a. USAID, DFID, SIDA, IDRC</p>
<p>Safeguard-Project Das Forschungsprojekt „Safeguard“ der Initiative Privacy International untersucht mit diversen Partnern, wie in Ländern des globalen Südens die rechtlichen Rahmenbedingungen in den Bereichen Privatsphäre, Datenschutz und Überwachung ausgestaltet sind. Denn in vielen Partnerländern stellt sich wegen fehlender rechtlicher Rahmenbedingungen Datenschutz als besondere Herausforderung dar. Mit dem Aufbau neuer Märkte und der Erarbeitung neuer Gesetze bietet sich ein Schlüsselmoment, um demokratische Werte und Menschenrechte zu integrieren, insbesondere mit Blick auf die Privatsphäre. Das Projekt versucht, hierfür erste Grundlagen zu schaffen.</p>	<p>digitale Menschenrechte</p>	<p>DFID, IDRC</p>

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:****IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL**

ÜBER DIE STIFTUNG

Die stiftung neue verantwortung ist ein unabhängiger, gemeinnütziger und überparteilicher Think Tank mit Sitz in Berlin. Sie fördert kreatives, interdisziplinäres und sektorübergreifendes Denken zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Themen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Durch ihr Fellow- und Associateprogramm ermöglicht sie den intensiven Austausch junger Experten, Praktiker und Vordenker aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Website: www.stiftung-nv.de

Twitter: @snv_berlin

ÜBER DAS PROJEKT

Mit der fortschreitenden Digitalisierung in den Ländern des globalen Südens wird der Schutz eines freien und offenen Internets zum neuen Aufgabenfeld der Entwicklungspolitik. Das Projekt „Europas Beitrag zu einem offenen und freien Internet“ der stiftung neue verantwortung entwickelt Vorschläge, wie sich deutsche und europäische Organisationen der internationalen Zusammenarbeit zu Fragen der Internetfreiheit und Internetregulierung positionieren können. Deutschland und Europa sind auf eine neue entwicklungspolitische Agenda angewiesen, um wirtschaftliche Teilhabe und den Schutz von Menschenrechten auch im digitalen Zeitalter aktiv zu unterstützen.

POLICY BRIEF**VON ANDEREN LÄNDERN LERNEN:**

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM UMGANG MIT DEM DIGITALEN WANDEL

IMPRESSUM

stiftung neue verantwortung e. V.
Beisheim Center
Berliner Freiheit 2
10785 Berlin

T. +49 30 81 45 03 78 80
F. +49 30 81 45 03 78 97

E: info@stiftung-nv.de
www.stiftung-nv.de
Twitter: @snv

Layout:
Franziska Wiese

Lektorat:
Viola van Beek
Anke Ziemer



Dieser Beitrag unterliegt einer CreativeCommons-Lizenz (CC BY-SA). Die Vervielfältigung, Verbreitung und Veröffentlichung, Veränderung oder Übersetzung von Inhalten der stiftung neue verantwortung, die mit der Lizenz „CC BY-SA“ gekennzeichnet sind, sowie die Erstellung daraus abgeleiteter Produkte sind unter den Bedingungen „Namensnennung“ und „Weiterverwendung unter gleicher Lizenz“ gestattet. Ausführliche Informationen zu den Lizenzbedingungen finden Sie hier:

<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>